Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 18 Mk. Durch die Post monatl. 18 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Merseburgerstr. 14 Fernruf 1047 Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1945. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 160 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, einschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 43. Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 1 Mark | **Montag, den 10. April 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 85**

Konferenzbeginn in Genua

In Genua sind nach den alliierten Delegationen nun auch die Sowjetdelegation und die deutsche Delegation eingetroffen. Beide Delegationen wurden vom italienischen Ministerpräsidenten de Fakta und dem Außenminister Schanzer empfangen. Ueber die Unterredung, die sie mit der russischen Delegation hatten, meldet WTB., daß sie eine Stunde gedauert und bewiesen habe, daß die Bolschewiki „von versöhnlichem Geiste und zur Mitarbeit willens seien". Der kapitalistische Spießer wird nach dieser Meldung wohl ein wenig beruhigt aufatmen.

Die Eröffnung der Konferenz soll heute, Montag, am 52. Geburtstage Lenins, nachmittags 3 Uhr, erfolgen. Als Programm der Eröffnungssitzung ist vorgesehen:

1. Rede de Faktas.
2. Programmerklärung der Deutschen.
3. Programmerklärung der Russen.

Am gestrigen Sonntag haben bereits verschiedene Besprechungen stattgefunden, von denen die Vorbesprechung zwischen den Vertretern der italienischen, britischen, japanischen, belgischen und französischen Abordnungen von symptomatischer Bedeutung ist. Wie WTB. meldet, wurde in dieser Besprechung über das „einzuschlagende Verfahren" verhandelt, „Hauptfragen wurden nicht angeschnitten. Die Frage der von den Sowjets zu fordernden Sicherheiten, wie sie in Cannes festgelegt wurden, wird Gegenstand einer weiteren Erörterung sein". Es soll der Wunsch vorherrschen, „nur wenig Vollsitzungen" abzuhalten, und sofort die Ausschüsse ihre Arbeit aufnehmen zu lassen, um die Arbeiten rascher zu fördern, die von Lloyd Georges gefordert wurden".

Die Konferenz von Genua wird somit, wie es anders nicht zu erwarten war, nichts anders sein als eine Beratung in Geheimkonventikeln. Der Hinweis, daß man nur wenige Vollsitzungen abhalten will, läßt erkennen, daß die die Konferenz einberufenden Mächte auch in Genua die Diktatoren spielen wollen. Man darf aber als sicher annehmen, daß sich dagegen die Sowjetdelegation wehren wird, denn sie hat das größte Interesse daran, daß die Verhandlungen in aller Oeffentlichkeit geführt werden. Darauf muß die Sowjetdelegation um so mehr bestehen, als ja die Frage der von den Sowjets geforderten Sicherheiten, die in Cannes bereits festgelegt wurden, aufs neue zum Gegenstand von Erörterungen unter den Vertretern der Entente-Imperialisten gemacht wurden. Offenbar macht sich hierin der Einfluß Poincarés geltend, der von vornherein die Knebelung Sowjet-Rußlands als Voraussetzung aller Abmachungen gesichert wissen will. Darin ist schon vor Beginn der Konferenz zu erkennen, daß sie einen negativen Ausgang nehmen muß, denn Sowjet-Rußland muß sich als selbständiger Machtfaktor auf dieser Konferenz gegen die diktatorischen Ausbeutungsgelüste des Ententeimperialismus aufs schärfste zur Wehr setzen, auch dann, wenn bei dem Konferenztheater die deutsche Diplomatie der Wirth-Rathenau-Hilferding die ihr zur Gewohnheit gewordene klägliche Rolle des hündischen Schwanzeinziehens spielen wird!

Die internationale Kundgebung in Berlin

20000 Menschen im Sportpalast

Berlin, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der gestrige Tag war für die KPD. Berlins ein großer Tag. Die internationale Kundgebung wies einen derartigen Massenbesuch auf, wie noch keine Veranstaltung der KPD. zuvor. Als vor einigen Monaten in demselben Saal Marcel Cachin sprach und etwa 10000 Zuhörer anwesend waren, hätte niemand erwartet, daß diese Zahl auch noch verdoppelt werden könnte. Am gestrigen Tage waren jedoch über 20000 Menschen in dem größten Versammlungsraum Berlins, dem Sportpalast, anwesend. Die ehemalige Radrennbahn war übersät mit Menschen, alle Ränge und Galerien waren überfüllt.

Noch lange nach dem Beginn der Kundgebung, während schon die Redner sprachen, marschierten immer neue Züge mit Musikkapellen in den Saal. Die Bezirke Wedding, Moabit und andere waren mit eigenen Kapellen und Tausenden von Mitgliedern aufmarschiert.

Als erster Redner sprach Klara Zetkin, die sich in der Hauptsache mit Genua befaßte und dabei eine scharfe Kritik an der Delegation übte. Niemals könnten sich Rathenau, dieser Schwätzer für höhere Töchter beiderlei Geschlechts oder der Weinzuckerminister Hermes oder der Lakai der Bürgerlichen, Schmidt, als Vertreter der Arbeiterschaft ausgeben. Nur das Bündnis mit Sowjet-Rußland könne Rettung bringen. Im Gegensatz zu der 2. Internationale verlangen wir die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages. Eine Internationale, die Noske, Radbruch, Wels, Vandervelde und andere in ihren Reihen hat, kann nur unter dem schärfsten Druck der Arbeitermassen vorwärts getrieben werden. Darum müssen wir unermüdlich die Parole des Weltkongresses herausgeben.

Nachdem andere Redner gesprochen hatten, verlangten die Massen stürmisch, daß Karl Radek das Wort ergreifen sollte. Die Regierung hatte in letzter Stunde jedoch die Sprecherlaubnis zurückgezogen.

Die Kundgebung wurde in aller Ruhe geschlossen, trotzdem die Polizei in provokatorischer Weise alle Nebenstraßen mit Posten abgesperrt hatte. Der Verlauf der Massenkundgebung zeigte, daß die KPD. in Berlin die stärkste Partei ist. Eine andere Partei hätte eine derartige Veranstaltung nicht zustande gebracht.

•

Die Kundgebung in Jena

In Jena rief die Kommunistische Partei zu einer Kundgebung im Sinne der internationalen Einheitsfront auf. Die Presse der SPD. warnte vor Beteiligung. Die Parteileitung der SPD. berief schnell zu dem gleichen Tage eine Generalversammlung ein. Es nutzte nichts: die Massen strömten zur Versammlung, die die KPD. einberufen hatte. Etwa 3000 drängten in das Lokal hinein. Dann sperrte die Polizei, die nachflutenden Scharen mußten draußen bleiben. Die Gegner hatten einige Späher entsandt. Nur diese stimmten gegen eine Resolution, die sonst einmütig und mit Begeisterung angenommen wurde. Die Resolution erhebt folgende Forderungen:

Zum Ausgleich der Teuerung müssen sofortige ausreichende Lohnerhöhungen stattfinden. Die Gewerkschaften haben an Stelle der bisherigen zersplitterten Teilkämpfe die Lohnbewegungen in Wirtschaftsbezirken und im Reich gemeinsam einzuleiten und durchzuführen. Mit vereinten Kräften müssen die Arbeiterparteien diese Bewegung unterstützen.

Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften, welche die Erfassung der Sachwerte gefordert haben, müssen jetzt gemeinsam die Arbeiterschaft in den Kampf für diese Forderungen führen und zur Verwirklichung der Erfassung der Sachwerte eine Arbeiterregierung im Reiche erkämpfen.

Die Offensive des internationalen Kapitals hat die drei Internationalen zu gemeinsamen Verhandlungen gezwungen. Diese Verhandlungen dürfen nicht scheitern. Wir fordern von der Konferenz die sofortige Einberufung eines Weltkongresses aller Arbeiterparteien und Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, um einen einheitlichen Kampf des Weltproletariats zu organisieren und durchzuführen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Weltproletariats in dieser Aktion ist es, Sowjet-Rußland vor allen Angriffen des Weltkapitals zu schützen, und die Hungersnot wirksam zu bekämpfen und den wirtschaftlichen Aufbau Rußlands zu fördern.

•

Kundgebungen in Sangerhausen und Artern

fanden am Sonnabend und Sonntag im Bezirk Sangerhausen statt. Am Sonnabend versammelte sich die Arbeiterschaft in Artern zu einer internationalen Kundgebung; der starke Besuch und die begeisterte Stimmung berechtigen zu den besten Hoffnungen. In Sangerhausen fand die Kundgebung Sonntag vormittag statt. Obwohl die Versammlung erst am Sonnabend einberufen und plakatiert worden war, war der Besuch doch ein so starker, daß wir damit recht zufrieden sein können. In beiden Tagungen sprachen die Genossen Girovago (Italien) und Schnetter (Halle). Ihre Ausführungen fanden lebhaften Beifall und begeisterte Zustimmung. In beiden Versammlungen wurden auch Resolutionen einstimmig angenommen, die die Zusammenfassung aller Kräfte des Weltproletariats zum Kampfe gegen die Offensive der Bourgeoisie, die Einberufung des proletarischen Weltkongresses und gemeinsame Demonstrationen am 20. April fordern.

Die Textilarbeiter mobilisieren den Widerstand gegen die Unternehmeroffensive

Freiburg, 9. April. (WTB.) Die Textilarbeiterverbände Badens haben in dem seit einiger Zeit wegen Lohnerhöhungen und Einführung der 48-Stunden-Woche stait der bisher geltenden 46-Stunden-Woche schwebenden Streit eine Entscheidung dahin getroffen, daß in den Betrieben in dieser Woche Urabstimmungen vorzunehmen sind und daß in den Streik eingetreten werden soll, falls die Unternehmer auf Einführung der 48-Stunden-Woche bestehen sollten. Durch einen solchen Streik würden ungefähr 40000 Leute betroffen werden.

Krefeld, 10. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die gesamte Arbeiterschaft der Krefelder Sammtwebereien ist in den Streik getreten.

Die Türkei zu Friedensverhandlungen bereit.

Konstantinopel, 10. April. Marschall Izzed Pascha hat den alliierten Kommissionen die Antwortnote der türkischen Regierung übergeben, in der erklärt wird, daß die Pforte bereit sei, in einem Zeitraum von drei Wochen Vertreter zu den Friedensverhandlungen zu entsenden, aber bittet, statt Konstantinopel eine Stadt Osteuropas als Sitz der Friedensbesprechungen zu bestimmen.

Der neue Feldzug der Heuchler

Die Verbrechen der russischen Sozialrevolutionäre

Von J. Stellow

Die Sozialrevolutionäre mit Tschernow an der Spitze versuchten anfangs, sich mit der Taktik der absoluten Verneinung zu helfen. Sie bildeten sich ein, daß die Sowjetregierung nur über die Aussagen von Semenow-Masilsew verfügt, und sie versuchten, diese Aussagen zu entkräften, indem sie die Persönlichkeit Semenows angriffen. Später wurden ihnen auch die Aussagen von Lydia Konoplewa bekannt. Die Sache wurde für sie schlimmer. Sie kamen auf den nicht unbegründeten Gedanken, daß wir auch über andere sie entlarvende Aussagen verfügen, und daß die Vogelstraußpolitik ihnen nicht helfen wird. Da entschlossen sie sich für eine andere Taktik: Sie alarmierten ganz Europa und versuchten den gegen die SR. bevorstehenden Prozeß als persönliche Rache der Sowjetregierung gegen einzelne Mitglieder des Zentralkomitees der Partei der SR. zu interpretieren.

In Nr. 1913 der Zeitung „Golos Rossij, die die SR. bei den Kadetten mit tschechisch-französischen Geldern (vielleicht auch mit den durch irgendeine Expropriation erworbenen Geldern) gekauft haben, erschien der Aufruf der Auslandsdelegation der Partei der SR., „An alle Sozialistischen Parteien der Welt!" Sie teilen in diesem Aufrufe mit, daß 47 Mitglieder der Partei der SR., darunter das ganze Zentralkomitee in Moskau vor Gericht gestellt sind. Die Quelle der Zahl 47 und der Behauptung, daß das ganze Zentralkomitee der Partei der SR. vor Gericht gestellt ist, obgleich bisher nicht einmal die Untersuchung beendigt ist, und man noch nicht begonnen hat, die Anklageschrift zu verfassen, ist ein Geheimnis der SR.

Außerdem teilen sie mit, daß der ganze Prozeß auf „Lügen und Verleumdungen" basiert. Der ganze Prozeß basiert auf Lügen und Verleumdungen! Wir fürchten, daß der Prozeß zu sehr unangenehmen Ueberraschungen für die SR. führen wird. Wären die SR. so fest überzeugt, daß die Sowjetregierung über keine gewichtigen beglaubigten und unwiderlegbaren Beweise über die illegale Arbeit der SR.-Abenteurer verfügt, so würden sie keinen solchen Lärm veranstalten. Sie lärmen eben deshalb, weil sie genau wissen, was für ein Material gegen sie vorliegen kann und erwarten, daß die Sowjetregierung einen Teil dieses Materials erfahren hat. Ihre Wut gegen Semenow entspringt ihrer Kenntnis, daß die Enthüllungen Semenows vollkommen richtig sind, und daß sie **von verschiedenen Seiten bestätigt werden können.** Sie würden viel ruhiger sein, würden sie an ihre Unschuld glauben.

Eben deshalb versuchen sie die öffentliche Meinung zu verwirren und die uneingeweihten Leute zum Glauben zu bringen, daß ihre Unruhe sich nicht durch die Furcht vor der zweifellosen Entlarvung ihrer abenteuerlichen Fraktion erklärt, sondern durch die Angst um das Schicksal ihrer vor das Gericht gestellten Genossen. Deshalb versuchen sie die Anhänger der Mitarbeit mit der Bourgeoisie in der ganzen Welt zu überzeugen, daß „die in den Sowjetgefängnissen in Haft befindlichen Genossen nicht Gerechtigkeit, sondern politische Rache zu erwarten haben". Die SR. fordern alle sozialistischen Parteien der Welt auf, „in diesem tragischen Zeitpunkt die Erledigung der SR. durch ihre politischen Gegner, die Bolschewiki, zu verhindern und nicht zuzulassen, daß das nicht wieder Gutzumachende geschieht".

Auf diese Weise versuchen die SR. die sozialistischen Parteien zu überzeugen, erstens, daß der künftige Prozeß der Streit zweier Parteien ist, von denen die herrschende, die andere, ihre feindliche Partei erledigen will, zweitens, daß der ganze Prozeß den Zweck verfolgt, die Todesstrafe für die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei der SR., die in die Hände der Bolschewiki geraten sind, zu erlangen. („Das nicht wieder Gutzumachende!")

In Wirklichkeit aber wird der bevorstehende Prozeß nicht der Kampf zweier Parteien sein. Die staatliche Macht, die diesmal glücklicherweise in den Händen der werktätigen Massen liegt, wird über eine Gruppe von Verbrechern und Abenteuerern zu Gericht sitzen, die sich ungeheuerer Kriminalverbrechen, des Verrats und der unerhörten politischen Heuchelei bedient haben, um ihre versteckten Ziele zu erreichen. Dieser Versuch der SR., das Mitleid der schlecht informierten Leute durch die fromme Lüge über die Unvermeidlichkeit der Vollziehung der Todesstrafe an den Angeklagten zu erwecken, wird ihnen nicht gelingen. Die SR. wollen aus einem Prozesse von großer politischer Bedeutung einen Kampf um die persönlichen Interessen machen. „In diesem tragischen Zeitpunkt" fiel ihnen nichts anderes ein. Würden wir irgend ein Interesse an dem seelischen Zustand der SR. haben, so könnten wir sie beruhigen. Wir sind fest überzeugt, daß die Sowjetregierung, als sie diesen Prozeß anstrengte, am allerwenigsten an das persönliche Schicksal dieses oder jenes Verbrechers gegen die russischen werktätigen Massen gedacht hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0001

Selbstverständlich wissen wir nicht, was für ein Urteil das Gericht fällen wird. Es ist möglich, daß das Gericht das strengste Urteil fällen wird, wenn die gegenwärtig gegen die beschuldigten SR. erhobenen Anklagen sich bewahrheiten. **Dies bedeutet aber nicht, daß die Zentralgewalt gewillt sein wird, die Strafe, die sie verdient haben, anzuwenden. Die Sowjetmacht wird am allerwenigsten vom Rachemotiv und vom Bestreben, die politischen Gegner zu erledigen, geleitet.** Solange der aktive Kampf fortdauert, solange die Feinde die Existenz des Arbeiter- und Bauern-Rußland bedrohen, macht die Sowjetmacht auch vor den schärfsten Maßregeln zur Verteidigung der Revolutionseroberungen nicht Halt. Sobald aber der Kampf aufhört, und die Gefahr für die Werktätigen vorbei ist, übt die Sowjetmacht stets die größte Milde und den höchsten Großmut.

Wir denken aber, daß die Verfasser des Aufrufs „An alle sozialistischen Parteien der Welt" dies vollkommen verstanden haben. Und nur aus psychologischen Gründen haben sie einen Lärm anläßlich der angeblichen Unvermeidlichkeit der „nie wieder gutzumachenden" Erledigung ihrer vor Gericht gestellten Genossen veranstaltet.

Sie hoffen auf diese Weise bestimmte öffentliche Kreise zu beunruhigen und den **bevorstehenden Prozeß eventuell überhaupt zu verhindern.** Und sie würden viel darum geben, um den Prozeß zu verhindern. Sollten jene Holländer, Belgier usw., die die SR. mit ihrem phantastischen Gespenst der angeblichen „Rache" an den verhafteten Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei der SR. zu Narren machten, eventuell aufrichtig an die Furcht der SR. glauben und die künftigen Opfer „der politischen Rache" verteidigen, so wissen die Verfasser des Aufrufs genau, wo der Hund begraben liegt. Sie fürchten nicht die „Erledigung" von Goz, Donekoj usw. **Sie glauben selbst nicht daran, daß die Sowjetmacht in ihrer gegenwärtigen Situation, nachdem sie den Bürgerkrieg siegreich beendigt und alle ihre Feinde überwunden hat, nötig findet, aus irgendwelchen „Rachemotiven" die besiegten Gegner zu töten.** Sie fürchten etwas ganz anderes. Sie fürchten **die politische Diskreditierung der gesamten Partei der SR., die die unvermeidliche Folge des bevorstehenden Prozesses sein wird.** Sie fürchten, daß alles Geheime offenbar wird, und daß das wirkliche Wesen der Partei der SR., dieser Bande von Abenteurern, die auf alle ihre Prinzipien verzichtet hat, die zu einem Werkzeug der einheimischen Weißgardisten und des ausländischen Imperialismus geworden ist, die in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter- und Bauernrevolution sich zu den Methoden erniedrigte, die sie im Kampfe gegen die zaristische Regierung als unzulässig betrachtete, vor dem Angesicht der Werktätigen der ganzen Welt entlarvt wird.

Aber es wird den SR. nicht gelingen, dies zu verhindern. **Es wird ihnen nicht gelingen, den Prozeß zu verhindern.** Mögen sie noch so viel lügen, noch so viel tendenziös und lärmend agitieren, der Prozeß wird stattfinden und der ganzen Welt zeigen, wie tief diese Fraktion gesunken ist, die sich stolz „die Partei der Sozialisten-Revolutionäre" tituliert, in Wirklichkeit aber ein Grüppchen prinzipienloser und gewissenloser Konterrevolutionäre ist.

Das Existenzminimum im März 1922

Neue Steigerung der Preise

Dr. R. Kuczynski veröffentlicht in der „Finanzpolitischen Korrespondenz" Zahlen über das Existenzminimum in Groß-Berlin im März 1922. Danach sind die Kosten des Existenzminimums im letzten Monat wieder **um etwa ein Viertel gestiegen.** Es kostete im März rationiertes Brot 27mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 28mal soviel, Milch 29mal soviel, Briketts 35mal soviel, Margarine 37mal soviel, Zucker 39mal soviel, Reis 46mal soviel, Brot im freien Handel 47mal soviel, Kartoffeln 88mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergab sich im Monat März für Groß-Berl.:

	Mann Mk.	Ehepaar Mk.	Ehepaar mit 2 Kindern Mk.
Ernährung	138	241	351
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	62	62	62
Bekleidung	85	142	198
Sonstiges	80	123	167
März 1922	367	579	789
Februar 1922	305	468	627
Januar 1922	266	408	548
März 1921	141	213	298
März 1920	165	241	322
August 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im März 1922 für einen alleinstehenden Mann nach Kuczinski 63 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 95 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 132 Mark. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum März 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin also gestiegen: Für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mark auf 376 Mark, d. h. auf das 22,4-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mark auf 579 Mark, d. h. auf das 26-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mark auf 789 Mark, d. h. auf das 27,4-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 4 Pfennig wert.

Diese Kosten des Existenzminimums in Berlin im März 1922 sind von Dr. Kuczinski schon an sich gering berechnet. Im April haben die Kosten eine neue große Steigerung erfahren.

Neue Sabotageversuche

Der Parteivorstand der SPD. gegen eine gemeinsame Kundgebung am 20. April

Die Zentrale der KPD. hatte in unmittelbarem Anschluß an die Berliner Konferenz durch ein Schreiben vom 7. April an die Parteileitungen der SPD. und USPD. die Aufforderung gerichtet, am 20. April **gemeinsame** Kundgebungen im ganzen Reiche zu veranstalten, die die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft gegenüber der Konferenz von Genua zum Ausdruck bringen sollten.

In einer Zuschrift an den „Vorwärts" lehnt der Parteivorstand der SPD. eine gemeinsame Kundgebung rundweg ab.

Als einziger Grund der Ablehnung wird angegeben, daß unsere russische Bruderpartei keine gemeinsamen Kundgebungen mit **Menschewiki und Sozialrevolutionären** veranstaltet.

Der Parteivorstand der SPD. unternimmt nicht einmal den **Versuch,** zu begründen, warum in **Deutschland** sozialdemokratische, unabhängige und kommunistische Arbeiter nicht gemeinsam ihren Willen kundgeben sollen.

Jeder Arbeiter wird begreifen, daß in einer Lage, wo Sowjet-Rußland sich dem Ausplünderungsversuch des Weltkapitals in Rußland gegenüber steht, nicht gemeinsame Sache machen kann mit denen, die als bewußte oder unbewußte Helfer des Weltkapitals die Position des **proletarischen Staates** bedrohen.

Aber kein deutscher Arbeiter wird begreifen, warum in der **bürgerlichen Republik** Deutschland, wo es sich noch nicht um die Revolution handelt, sondern einfach um die Abwehr der Angriffe **des Kapitals** auf Existenz der Arbeiterklasse, um die Verteidigung des Stückes Brot, das der Arbeiter zum Leben braucht — die Proletarier ohne Unterschied der Partei sich nicht zu einer gemeinsamen Demonstration um ein gemeinsames Ziel sollen zusammenfinden können.

Der **wirkliche** Grund der Ablehnung des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist klar: Er besteht in der sklavischen Furcht, die englische Schutzmacht durch Berührung mit kommunistischen Arbeitern zu verstimmen, und in der Angst, die Arbeiter könnten, sobald sie sich einmal zusammengefunden haben, eine gemeinsame Abwehrfront auch gegen das deutsche Kapital finden.

Diese Ablehnung des ersten bescheidenen praktischen Versuchs, zu einer gemeinsamen proletarischen Front zu gelangen, durch den sozialdemokratischen Parteivorstand, beweist, daß es ihm mit seiner Unterschrift unter das gemeinsame Manifest nicht wirklich ernst ist, daß er es ebenso als einen „Fetzen Papier" betrachtet, wie die Bielefelder Abmachungen, die 10 Punkte des ADGB. usw.

Wir sind jedoch der festen Ueberzeugung, daß die sozialdemokratischen Arbeiter es anders meinen, und ihren Instanzen gegenüber diesem ihren Willen Geltung zu verschaffen wissen werden.

Wir deutschen Kommunisten halten trotz dieser offenschtlichen Sabotage der sozialdemokratischen Parteileitung unsere Bereitschaft zu gemeinsamen Kundgebungen am 20. April auch mit den sozialdemokratischen Arbeitern unverbrüchlich aufrecht.

Das unabhängige Zentralkomitee beschwert sich in einer Zuschrift an die „Freiheit" darüber, daß die Aufforderung der KPD. in der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde, ehe sie in die Hände der ZK. gelangte und vermutet „böse Absicht". Das ist vollkommen unbegründet. Die Methoden der Geheimdiplomatie sind unseres Erachtens im Verkehr zwischen proletarischen Organisationen nicht angebracht und wir glauben nicht, daß irgend ein Arbeiter Verständnis dafür haben wird, daß irgendwelche Formalitäten dieser Art dabei eine Rolle spielen können.

Die Arbeiterschaft erwartet von der USPD. eine rasche und klare Zustimmung zur gemeinsamen Kundgebung am 20. April, das allein vermag die Wirkung der Sabotage der sozialdemokratischen Parteileitung zu vermindern oder aufzuheben und die Kundgebungen „zu kraftvollen, möglichst geeinten Massenkundgebungen" zu machen, so wie der gemeinsame Beschluß der drei Internationalen es verlangt.

Arbeiter und Angestellte in Werkstatt, Fabrik und Kontor, ohne Unterschied der Parteirichtungen: bereitet unverzüglich den Boden vor für die gemeinsamen Kundgebungen am 20. April!

Verfehlter Einheitsdusel

Führerkompromiß im Deutschen Beamtenbund

Der 3. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes ging gestern abend auseinander, **ohne die geringste Klarheit geschaffen zu haben.** Die Vertreter der „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Anwärter", die am Freitag auf die Provokationen der antigewerkschaftlichen Richtung hin demonstrativ die Tagung verlassen hatten, waren am Sonnabendmorgen, wenn auch mit Verspätung, wieder erschienen. In der Nacht und in den ersten Vormittagsstunden war in geheimen Verhandlungen und Konventikeln **die Entscheidung gefallen,** eine Entscheidung, die die berechtigte Kritik aller notleidenden und unterdrückten Beamten zu scheuen hat.

Die Delegierten der Reichsgewerkschaft und der übrigen der gewerkschaftlichen Richtung angehörenden Verbände haben sich der **„neutral"-antigewerkschaftlichen** Tendenz unterworfen. Der Vertreter der Reichsgewerkschaft **Menne** gab zu Beginn der Sitzung eine jämmerliche Erklärung ab, die weder Bezug nahm auf die **Frage des Beamtenstreikrechts** noch auf die von der Reichsgewerkschaft am Tage vorher verlangten **personellen Garantien,** sondern nur zum Ausdruck brachte, daß die Reichsgewerkschaft im Interesse einer finanziellen Unterstützung der Gemaßregelten an den Verhandlungen „vorläufig" weiter teilnehme.

Gleich nach dieser Erklärung lösten sich die Verhandlungen vollständig auf in Kommissionsberatungen, in denen dann alle Fragen erledigt wurden. Der Wahlausschuß hatte so nach stundenlangem Kuhhandel die nach den neuen statutarischen Bestimmungen außer dem Bundesvorsitzenden noch notwendigen drei Vorsitzenden mit gleichen Rechten zusammengebracht, die dann vom Plenum per Akklamation gewählt wurden. Es sind dies:

Zugführer Gehringhof (Münster, Reichsgewerkschaft),
Postsekretär Kugler (Berlin, Reichspostgewerkschaft),
Oberregierungsrat Reidhardt (München, Bayerischer Beamtenbund).

Nach allem, was vorausgegangen ist, bedeutet der Beamtenbund nach seinem 3. Bundestag ein so **zusammenhangsloses und aktionsunfähiges Gebilde,** wie es jämmerlicher nicht gedacht werden kann. Noch steht im Statut der stolze Satz, daß die Interessen der Mitglieder mit allen gewerkschaftlichen Mitteln gewahrt werden sollen, in der Tat aber ist dieser Satz durch die programmatischen Erklärungen des Bundesvorsitzenden Flügel, der sich gegen die **Anwendung des Streiks aussprach, aufgehoben.** Die künftige Zusammensetzung der Bundesleitung und des Bundesausschusses bedeutet nach wie vor die **Diktatur** der Vertreter der **höheren Beamten** über die Massen der unteren und mittleren Beamten.

Wie konnte es soweit kommen, nachdem die Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner sich klar zum **Beamtenstreikrecht** bekannte und völlige Klärung verlangt hatte? Die Führer der Reichsgewerkschaft haben genau so wie beim Eisenbahnerstreik versagt. Es muß hier offen ausgesprochen werden, daß man gerade den **Gemaßregelten** den schlechtesten Dienst erwies, als man sich dazu entschloß, um den Preis ihrer **finanziellen** Unterstützung von seiten des DBB., den Kampf um ihre restlose Wiedereinstellung, der nur mit den schärfsten Mitteln geführt werden kann, aufzugeben.

Sollten die Führer der Reichsgewerkschaft aber erklären, daß sie trotz ihres Verbleibens im DBB. diesen Kampf auch eventuell mit der Waffe des Streiks führen werden, so muß ihnen gesagt werden, daß in diesem Falle die „Einigung" eine Komödie war, die nur Verwirrung stiften kann.

Die die großen Massen der unteren und mittleren Beamten stellt sich aber trotz des Versagens ihrer Führer nach wie vor die Frage:

Wollen sie mit den deutschnationalen gelben Beamten oder mit der Arbeiter- und Angestelltenschaft in eine Front treten?

Diese Frage wird von ihnen im letzteren Sinne beantwortet werden müssen, weil sie nach wie vor genau so unterdrückt und ausgebeutet werden, wie die Arbeiter und Angestellten und weil die höheren Beamten nur für ihre eigenen Interessen sorgen, haben sie es sogar teilweise fertig gebracht, auf der Tagung gegen die Gemaßregelten-Unterstützung zu stimmen. Darum ist es ein Irrtum, wenn die herrschende Klasse glauben sollte, daß mit dem Führerkompromiß die Beamten die Waffe des Streiks aus der Hand gegeben hätten.

Die Massen werden anders entscheiden. Die Einheitsfront zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern wird trotz alledem zustande kommen.

Den unentschlossenen Führern der Reichsgewerkschaft mag man zugute halten, daß sie mit ihrer geringen gewerkschaftlichen Erfahrung den Praktiken der Führer des ADGB. nicht gewachsen waren. Frei und frank hätten sie erklären müssen: Hier sind die Massen der unteren und mittleren Beamten als Kampforganisation aufmarschiert, wenn ihr Führer den Anschluß nicht wollt, werden wir uns an die Massen der Arbeiter und Angestellten wenden. Statt dessen warteten sie auf ein Entgegenkommen der Führer, selbstredend vergeblich.

Der ADGB. will eine Beamtensäule, aber er will sie mit Bedingungen. Er ist für das Beamtenstreikrecht, aber ebenfalls mit weitgehenden Einschränkungen. Darum war ihm ein spontanes Anrücken der Beamtenmassen unangenehm, darum machte er in diesem Moment nicht den geringsten offenen und ehrlichen Versuch, die unteren und mittleren Beamten dem Einfluß der Deutschnationalen und Gelben zu entziehen.

Die Entwicklung läßt sich aber nicht aufhalten. Der Deutsche Beamtenbund wird früher oder später als „neutraler Harmonieverein" auseinanderbersten. Die Vereinigung der unteren Beamten mit den freigewerkschaftlichen Massen muß kommen.

Die Arbeiter und Angestellten müssen aber verlangen und dafür sorgen, daß diese Vereinigung nicht auf dem Wege von neuen Führerkompromissen mit unzähligen statutarischen Fallstricken und Vorbehalten, sondern frei und offen im hellen Tageslicht erfolgt.

Neue Waffenfunde in Gleiwitz

Fünfzehn Franzosen durch Minenexplosion getötet, zehn schwer verletzt

Beuthen, 10. April. Als am Sonntagmittag, kurz nach 12 Uhr, auf dem alten Hüttenfriedhofe Gleiwitz französische Besatzungstruppen in einer alten Gruft unter der Kapelle nach Waffen suchten, die dort vergraben sein sollten, stießen sie auf Minen, die in die Luft flogen. Dabei sind **fünfzehn Franzosen ums Leben gekommen und zehn schwer verletzt worden.** Die Kapelle ist völlig vernichtet. Abordnungen aller alliierten Besatzungstruppen begaben sich an die Unfallstelle zur Untersuchung des Tatbestandes. Nach Anordnung der interalliierten Kommission ist für 6 Uhr abends eine öffentliche Trauer angeordnet.

Nach einer anderen Meldung soll die Zahl der Explosionsopfer 23 Tote betragen. — Die deutsche Regierung hat erst dieser Tage öffentlich behauptet, daß es lächerlich sei, von täglichen Waffenfunden zu sprechen, während es doch eine unleugbare Tatsache ist, daß von den Orgeschformationen Waffen, Munition und militaristische Ausrüstungen in Massen versteckt gehalten werden. In Oberschlesien sind es besonders die sogenannten Arbeitsgemeinschaften, die samt und sonders noch ihre Waffendepots haben. Das Waffendepot der Konterrevolutionäre in Gleiwitz scheint durch Minen gesichert gewesen zu sein, um zu verhindern, daß die Waffen bei einer eventuellen Entdeckung in nicht konterrevolutionäre Hände fallen. Anders läßt sich wohl die Explosion nicht erklären. Die Untersuchung wird darüber wohl noch Aufschluß bringen.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die Franzosen diesen mit einem schweren Unglück verbundenen Waffenfund dazu benutzen werden, um neue Repressalien, zum mindesten aber schwere Schadenersatzforderungen zu erheben. Der Steuerzahler darf also für das zahlen, was die Orgeschbanden anrichten. Der sozialdemokratische Polizeiminister Severing rührt aber keine Hand, um endlich die Orgeschnester auszuheben, auch dann nicht, wenn ihm die genauesten Informationen über sie gegeben werden.

Verschärfung des Thüringer Landarbeiterstreiks

Anordnungen der thüringischen Regierung sollen „stecken"-geblieben sein

Die Thüringer „Sozialistische" Regierung hat den Landarbeitern in der Sitzung vom 6. April das Versprechen gegeben, daß sofort alle Landespolizei und Technische Nothilfe zurückgezogen werden soll und daß der Ministerialdirektor Bärwinkel alles versuchen soll, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu zwingen, um den Streik beizulegen. Gestern hat sich die Kreisleitung des DLV. wiederholt telephonisch mit der Regierung in Verbindung gesetzt, da trotz des Befehls die Landespolizei und Technische Nothilfe nicht zurückgezogen war. Der Minister Hermann erklärte, daß er das nicht begreifen könne, der Befehl wäre doch abgegangen und wüßte er nicht, wo er hängen geblieben wäre. Er wolle sofort nochmals einen Befehl zur Zurückziehung geben.

Heute Morgen laufen Meldungen ein, daß die Landespolizei und Technische Nothilfe noch nicht zurückgezogen, sondern sogar verstärkt worden ist. Die Kreisleitung sprach sofort wieder telephonisch mit der Regierung. Der Minister Bärwinkel versprach, den Minister Hermann sofort darüber Bericht zu geben.

Weiter erklärte der Minister Bärwinkel am Telephon, daß die Arbeitgeber jede Verhandlung abgelehnt haben. Sie verhandele nur mit der Arbeitsgemeinschaft.

Im übrigen wird der Streik nach diesem brutalen Verhalten der Arbeitgeber verschärft fortgeführt werden. Jede Notstandsarbeit wird von Sonnabend mittag an eingestellt.

Die Gauleitung des DLV. im Bunde mit den Gutsbesitzern!

Bekanntlich hat die Gauleitung des DLV. an alle Arbeiterpressen ein langes Schreiben gerichtet über den Streik im Bezirk Gotha und Schlotheim tobenden Landarbeiterstreik. In diesem Schreiben war natürlich der Streik der Landarbeiter als durchaus ungerechtfertigt hingestellt, von „Schürern" und „Hetzern" gesprochen, „die sich einmal in den Kopf gesetzt hatten, die Landarbeiter müßten unter allen Umständen streiken" usw.

Dieses Schreiben der Gauleitung des DLV.. als die Organisation der Landarbeiter, ist von dem Arbeitgeberverband als Flugblatt gedruckt und verbreitet worden!

Mit den nötigen Auszeichnungen versehen, bildet also das Schreiben der Gauleitung den Gutsbesitzern ein großartiges Mittel, um gegen die Landarbeiter zu hetzen. Sie haben es nicht mehr nötig, selber ein Flugblatt zu verfassen, sondern die eigene Vertretung der Landarbeiter liefert es ihnen!

Damit entlarvt sich die Gauleitung noch mehr und ganz offen tritt zu Tage, daß **sie im Bunde mit den Gutsbesitzern steht. Beide Organisationen sehen ihre Aufgabe darin, den Streik abzuwürgen, die Landarbeiter in das alte Joch zu spannen, beide haben einen Bund geschlossen zur Niederschlagung der kämpfenden Landarbeiter.**

Sturmlauf der Reaktion gegen proletarische Feiertage

Dresden, 10. April Die deutschnationale Landtagsfraktion hat wegen des Beschlusses, den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären, das Volksbegehren eingeleitet.

Die Werbekraft der „sterbenden" KPD.

Remscheid. In der letzten Werbewoche konnten unsere Genossen 520 Abonnenten der „Bergischen Arbeiterstimme" zuführen. — Dem Beispiel der Remscheider Genossen müssen auch die Genossen im Werbereitungsgebiet des „Klassenkampf" folgen. Ueberall muß jetzt, wo es gilt den Gedanken der Einheitsfront zu propagieren, mit verstärktem Eifer die Werbung von Abonnenten für den „Klassenkampf„ einsetzen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0002

An die Betriebsratsmitglieder!

Nach § 70 des Betriebsrätegesetzes sind in Unternehmungen, für welche ein Aufsichtsrat besteht, 1 oder 2 Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Die Handhabung dieses Paragraphen sollte aber durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Dieses ist geschehen. Den Text des Gesetzes geben wir in nachstehendem wieder:

Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Vom 15. Februar 1922.

(R.G.Bl. Nr. 17, S. 209, vom 25. Februar 1922.)

Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Aufsichtsrat im Sinne des § 70 des Betriebsrätegesetzes ist ohne Rücksicht auf die Bezeichnung im Gesellschaftsvertrag das
im Handelsgesetzbuch,
im Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
im Gesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
im Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen,
in den Berggesetzen
als Aufsichtsrat bezeichnete Organ der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der eingetragenen Genossenschaft, der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und der bergrechtlichen Gewerkschaft.

§ 2.

Bestehen bei einer der im Gesetz (§ 1) genannten Körperschaften für die von ihr beschäftigten Arbeitnehmer ein oder mehrere Betriebsräte oder Gesamtbetriebsräte, so regelt sich die im § 70 des Betriebsrätegesetzes vorgeschriebene Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat nach den folgenden Bestimmungen.

§ 3.

Soweit nicht im Betriebsrätegesetz und im folgenden etwas anderes bestimmt ist, finden auf die im Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, welche für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten.

§ 4.

Zwei Betriebsratsmitglieder zu entsenden, wenn nach dem zur Zeit der Anberaumung der Wahl geltenden Gesellschaftsvertrage (Statut, Satzung) mehr als drei Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden können oder beide Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) im Wahlkörper (§ 5) vertreten sind. In allen übrigen Fällen ist eines zu entsenden.

Zum Ersatz ausscheidende Mitglieder sollen für jedes in den Aufsichtsrat zu entsendende Mitglied zwei Ersatzmitglieder gewählt werden.

§ 5.

Wahlkörper für die Entsendung der Betriebsratsmitglieder ist bei Körperschaften mit einem Einzelbetriebsrat oder einem Gesamtbetriebsrat dieser, in solchen mit mehreren Einzelbetriebsräten die Gesamtheit dieser, auch wenn sie zum Teil zu einem Gesamtbetriebsrate zusammengeschlossen sind.

Wählbar sind alle Mitglieder des Wahlkörpers, die am Tage der Wahl ein Jahr von der Körperschaft beschäftigt und nicht in den letzten zwei Jahren durch Beschluß gemäß § 20 des Betriebsrätegesetzes abgesetzt worden sind. Das Erfordernis der einjährigen Beschäftigung entfällt, soweit nicht wählbare Personen in vierfacher Zahl der zu wählenden Mitglieder vorhanden sind.

Bei eingetragenen Genossenschaften gilt § 9 Absatz 2 des Gesetzes betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für die in den Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder nur, sofern ihnen der Erwerb der Mitgliedschaft freisteht und billigerweise zugemutet werden kann.

§ 6.

Die Wahl findet geheim und mit Stimmenmehrheit einheitlich durch den ganzen Wahlkörper statt.

Sind zwei Mitglieder zu wählen, so kann die Minderheitsgruppe der Arbeitnehmer (§ 16 des Betriebsrätegesetzes), sofern ihr mindestens zwei Mitglieder des Wahlkörpers angehören, mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit die Entsendung eines Vertreters ihrer Gruppe beschließen, alsdann findet eine getrennte Wahl durch jede der beiden Arbeitnehmergruppen statt.

Wiederwahl ist zulässig.

Das Nähere über das Wahlverfahren bestimmt der Reichsarbeitsminister.

§ 7.

Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat endet ausschließlich durch Rücktritt oder durch Verlust der Zugehörigkeit zum Betriebsrat, dem das Mitglied angehört.

§ 8.

Scheidet ein Betriebsratsmitglied aus dem Aufsichtsrat aus, so tritt ein Ersatzmitglied nach den Bestimmungen der Wahlordnung ein. Ist kein Ersatzmitglied des Ausgeschiedenen mehr vorhanden, so findet eine Neuwahl statt.

§ 9.

Soweit die gegründete, aber noch nicht eingetragene Körperschaft bereits einen Aufsichtsrat hat, finden die §§ 1—8 Anwendung.

§ 10.

Das Gesetz findet auch auf die im § 62 des Betriebsrätegesetzes bezeichneten Betriebsvertretungen Anwendung, wenn die Vertretungen für die Betriebe einer Körperschaft errichtet sind und aus Arbeitnehmern dieser Körperschaft bestehen.

§ 11.

Das Gesetz tritt am 1. Februar 1922 in Kraft. Die ersten Wahlen sind binnen drei Monaten nach Inkrafttreten einzuleiten.

Berlin, den 15. Februar 1922.

Der Reichspräsident: Ebert.

Der Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns.

Die Wahl hat also innerhalb drei Monaten des Inkrafttretens des Gesetzes stattzufinden. Sobald die Bestimmungen über das Wahlverfahren erlassen sind, werden wir dieselben mitteilen.

Eine Niederlage der Mucker

Braunschweig, 10. April. (WTB.) Der Evangelische Elternbund hatte zu Sonnabend abend eine Protestversammlung gegen den jüngsten Schulerlaß einberufen, nach dem u. a. Schulgebete und religiöse Lieder nur in den Religionsstunden zulässig sind und Lesestücke religiösen Inhalts außerhalb der Religionsstunden nicht verlesen werden dürfen. Im Saal waren auch zahlreiche Anhänger der weltlichen Schule anwesend. Im Laufe des Abends kam es zu stürmischen Auftritten. Der größte Teil der evangelischen Eltern räumte schließlich das Feld und die Anhänger der weltlichen Schule nahmen darauf eine Entschließung zugunsten des Erlasses an.

Auflösung militaristischer „Sport"-Vereine

Koblenz, 10. April. Die interalliierte Rheinlandkommission hat mit Schreiben vom 5. April dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt, daß sie die Organisation des deutschen Pfadfinderbundes und des bayerischen Wehrkraftvereins im besetzten Gebiet verbiete, weil diese Vereinigungen einen mehr militärischen als sportlichen Charakter besäßen. — Im unbesetzten Gebiet können die Orgeschsportler ihr Unwesen ruhig weiter treiben, sie genießen dabei den besonderen Schutz der Severing-Garde, die nur einschreitet, wenn — wie letzthin in Querfurt — Naturfreunde und Kinder für den Wandersport eine Werbekundgebung veranstalten.

Ausland

Die englischen Lohnkämpfe

London, 8. April. (Intel.) Das Exekutivkomitee des Metallarbeiterverbandes ist entschlossen, **den Kampf trotz der Absplitterung der 47 Verbände fortzusetzen.** Während die ausgesperrten Metallarbeiter bei diesem Standpunkt beharren, scheint die Einigkeit auf seiten der Unternehmer nicht so groß zu sein. So hat eine große, dem Unternehmerverbande angeschlossene Firma in Manchester die Ankündigung der Aussperrung zurückgezogen und die Arbeiter bedingungslos eingestellt. Auch andere Firmen in Manchester und an anderen Plätzen prüfen ernstlich die Frage, ob es nicht vorteilhafter für sie wäre, dieses Beispiel nachzuahmen. Zwar hat die Aussperrung der Arbeiter einigen Unternehmern zum Vorteil gereicht, andere hingegen haben dadurch große Verluste erlitten. Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den 47 Verbänden sollen am Montag beginnen und werden sich über eine Woche erstrecken. Man ist der Ansicht, daß zwischen den Unternehmern und diesen 47 Verbänden eine Einigung zustande kommen wird.

Im Konflikt in der Schiffsbauindustrie sind die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber wieder aufgenommen worden. Die Arbeitervertreter beharren auf ihrer Forderung, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt werden solle und wenigstens die Frage der Herabsetzung der Löhne einem Schiedsgericht unterbreitet werden solle. Die Unternehmer lehnen jedoch beide Forderungen ab. Sie behaupten, daß eine Verminderung der Löhne unerläßlich sei, wenn man die Industrie auf eine gesunde Bahn führen wolle. Wenn die Arbeiter die Forderungen der Unternehmer nicht annehmen, so sei jede Diskussion ausgeschlossen. Die Arbeitgeber seien eher entschlossen, die Schiffswerften gänzlich zu schließen, als die bisherigen Löhne auch weiterhin zu zahlen. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Generalstreik in Lissabon?

Paris, 10. April. Eine Nachrichtenagentur berichtet aus Lissabon, man befürchte einen Generalstreik, weil die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Befreiung mehrerer ihrer Kameraden zu erzwingen suchen, die im Oktober aus politischen Gründen verhaftet wurden.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter des Gaues Erfurt, Halberstadt und Halle!

Bei den Wahlen zum Deutschen Gewerkschaftskongreß in Leipzig wählen die Gaue Erfurt, Halberstadt und Halle gemeinschaftlich einen Delegierten. Um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden, fordern wir auf, nur dem Kollegen **Friedrich Kroll** die Stimme zu geben.

Kollegen! Der Gewerkschaftskongreß muß die Antwort erteilen auf die Politik der Arbeitsgemeinschaft des Steuerraubes. Wählt darum nur die Kollegen, die sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik wenden. Alle Stimmen dem Kollegen Friedrich Kroll!

Die kommunistische Fraktion der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Schiedsspruch im Bankgewerbe

Berlin, 9. April. Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, haben heute die im Reichsarbeitsministerium geführten Reichstarifverhandlungen einen Schiedsspruch ergeben, der neben einer Reihe von den Manteltarif ändernden bzw. ergänzenden Bestimmungen vorsieht: Steigerung der seitherigen Bezüge (einschließlich der März-Sonderteuerungszulage von 650 Mark) in der Gruppe I vom 1. bis 20. Berufsjahr um etwa 3500 bis 9500 Mark, Gruppe II von 4000 bis 11000 Mark, und in der Gruppe III von 4000 bis 12000 Mark. Weibliche Angestellte unter 20 Jahren erfahren entsprechende Abschläge. Früher in kaufmännischen Berufen verbrachte Dienstjahre werden nach fünfjähriger Banktätigkeit voll angerechnet.

Buchdruckerstreik im Saargebiet

Saarbrücken, 10. April. Vor einigen Tagen war zwischen der Gehilfenschaft und den Verlegern des Saargebietes ein neues Uebereinkommen abgeschlossen worden. Die Gehilfenschaft der „Saarbrücker Zeitung" stellte hierauf darüber hinausgehende Forderungen auf. Da diese Forderungen nicht bewilligt wurden, ist die Gehilfenschaft der „Saarbrücker Zeitung" gestern mittag 12 Uhr in den Streik getreten. Die übrigen Verleger des Saargebietes haben sich, abgesehen von dem französischen und dem sozialdemokratischen Blatt, mit der Zeitung solidarisch erklärt, so daß die gesamten Zeitungen des Saargebietes, abgesehen von den beiden erwähnten, nicht erscheinen.

Aus der Provinz

An die Ortsgruppenvorstände!

Die Fragebogen für den Monat März (weiß) sind von den meisten Ortsgruppen eingesandt. Einige Vorsitzende jedoch nehmen die Absendung der Fragebogen noch immer nicht ernsthaft genug. Sie erschweren dadurch die Zusammenstellung des Berichtes. Wir nennen darum die Ortsgruppen namentlich und ersuchen die Mitglieder, sofort ihren Vorsitzenden aufzufordern, den Fragebogen einzusenden.

Es fehlen noch folgende Fragebogen:

Unterbezirk Halle-Saalkreis: Brachwitz, Brauddorf, Dornstedt, Friedrichschwerz, Kösseln, Morl, Möglich, Petersberg, Döllnitz.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt: Collenben, Goddula, Groß-Kayna, Lodersleben, Rattmannsdorf, Zöschen.

Unterbezirk Sangerhausen: Allstädt-Niedorröblingen, Blankenheim, Breitenstein, Bornstedt, Donndorf, Gehofen, Hackpfüffel, Heygendorf, Holdenstedt, Oberröblingen, Obersdorf, Pölsfeld, Riestedt, Roßleben, Schmalzerode, Voigtstedt, Weißenschirmbach.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda: Clöden, Elsterwerda, Fichtenberg, Groß-Treben, Krauschütz, Naundorf, Prettin.

Unterbezirk Mansfeld: Alle Fragebogen eingesandt.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg: Bitterfeld, Groß-Crostitz, Delitzsch, Dobien, Elster, Löbnitz, Niemegk, Petersroda, Portsch, Pouch, Reindorf, Sandersdorf, Thalheim, Wolfen, Friedersdorf, Löberitz.

Unterbezirk Weißenfels-Zeitz: Bad Kösen, Freyburg, Gladitz, Leißling, Rehmsdorf-Rumsdorf, Weißenborn, Zorbau, Löpau.

Die Bezirksleitung.

Gescheiterte Verhandlung vor dem Bezirkslohnamt des Baugewerbes

Am Sonntag, dem 9. April, hatte man die Vertreter der Bauarbeitgeber- und -arbeitnehmerverbände im Bezirk Provinz Sachsen und Anhalt nach Halle gerufen, um einen Schiedsspruch über einen Teuerungszuschlag auf die jetzt bestehenden Löhne herbeizuführen. Da kam man aber schön an bei den Baulöwen. Sie bezweifelten zunächst, ob überhaupt ein Bezirkslohnamt das Recht habe, über zwischen den Tarifparteien getroffene Vereinbarungen einen Schiedsspruch noch nachträglich ergehen zu lassen. Sie ließen dann erklären, daß sie mit der Tagung des Lohnamtes nicht einverstanden seien und daß sie einen eventuell gefällten Schiedsspruch nicht anerkennen würden. Da nach dem letzten Hauptlarifvertrag beide Parteien mit der Zusammensetzung des Lohnamts konform gehen müssen, nun aber die Unternehmer das Gegenteil erklärten, konnte bei ungleicher Besetzung das Lohnamt diesmal nicht tagen. Es ist aber in Aussicht gestellt, daß in den nächsten Tagen, Dienstag oder Mittwoch, das Bezirkslohnamt turnusmäßig zusammentreten muß, weil ja die zweimonatige Frist verstrichen ist, wo über neue Löhne verhandelt werden muß, wenn Anträge von Lohnforderungen vorliegen. Solche sind seit mehreren Wochen gestellt, und das, was darauf als Zuschlag für die jetzige Teuerung von den Unternehmern zugestanden ist, ist so ungenügend, daß es begreiflich ist, wenn bereits in Magdeburg die Zimmerer und in Aschersleben die Zimmerer und Maurer streiken. Weitere Orte werden dem folgen, wenn sich die Herren Bauunternehmer nicht sofort besinnen, örtlich zu verhandeln mit den Organisationsleitungen. Wollen sie das nicht, und aus ihrem bisherigen Verhalten geht das hervor, so werden sie eben vor das Bezirkslohnamt zitiert. Es ist dann zu erwarten, daß diesmal, gemäß den wahnsinnig in die Höhe getriebenen Preisen ein entsprechender Lohnaufschlag erfolgt und daß auch für auswärts liegende Arbeiten eine bedeutend höhere Auslösung festgesetzt wird. Auch die Werkszulage muß mindestens verdoppelt und die Löhne der Lehrlinge müssen unbedingt den Lohnsteigerungen für die Gesellen angepaßt werden.

Die Bauarbeiter lassen sich diesmal nicht so abspeisen wie das vorige Mal; sie haben ein Recht zu leben, mindestens ebenso wie die gut beleibten Unternehmer. Sie beuten die Arbeitskräfte durch ihr unverschämtes Akkordsystem bis auf die Knochen aus, und verlangen, daß noch länger wie acht Stunden gearbeitet wird.

Bauarbeiter, laßt die Unternehmer nicht so üppig werden. Tretet geschlossen auf in gemeinsamer Front, wie das die Unternehmerschaft durch ihre sogenannte Tarifgemeinschaft tut, kämpft für Eure Existenz, für die Familie, für das Wohl der Gesamtheit!

Helft Rußland!

Internationale Werkzeugsammelwoche vom 1. bis 7. Mai

Das Reichskomitee der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Sowjet-Rußland erläßt folgenden Aufruf:

Der Weltkrieg, die räuberischen Ueberfälle der Kolltschak-Denekin- und Wrangel-Armee und die dreijährige Blockade Rußlands haben in den so fruchtbaren Gebieten Ost- und Südrußlands ungeheure Verwüstungen und Zerstörungen hinterlassen. Die Hungerkatastrophe hat die Lage der Bevölkerung aufs empfindlichste verschärft. Die „Internationale Arbeiterhilfe" verbindet deshalb in den Hungergebieten mit der Verteilung der Lebensmittel und Speisung der Hungernden die Produktionshilfe. Der Hunger, der die unglücklichen Menschen von ihrer Scholle treibt, hat unendliche Flüchtlingszüge und Flüchtlingslager, wie aus dem Boden gestampft, erzeugt und erfordert neben der Hilfe in Lebensmitteln auch die Unterstützung mit Werkzeugen, um ihnen die Mittel zur Wiederaufnahme der stark beeinträchtigten Wirtschaft zu geben und die Produktion zu heben. Gebraucht werden in den Tätigkeitsgebieten für die „Internationale Arbeiterhilfe" dringend Werkzeuge aller Art. Sie dienen gleichzeitig auch bei den sibirischen Bauern als Austauschobjekt gegen Lebensmittel.

Jedes Handwerkzeug, wie Hammer, Beil, Hobel, jedes Messer, jede Zange, ja auch der kleinste Nagel, der zu Hause entbehrt werden kann, ist erwünscht und erforderlich.

Gebe jeder nach Kräften und Möglichkeit.

Jeder Nagel treffe in das Mark des Hungers.

Jeder Hammer, den du gibst, schmiedet am Baue der sozialistischen Wirtschaft. Es lebe die internationale Werkzeugsammelwoche!

Wir als deutsches Reichskomitee der Arbeiterhilfe fügen diesem Aufruf nur den aufrichtigen Wunsch hinzu, daß trotz der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in der sich die deutsche Arbeiterklasse befindet, alles getan werden möge, damit der Hilferuf der russischen Arbeiter und Bauern, der durch das Auslandskomitee zu uns dringt, erhört wird. Es müssen sofort alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, damit sich die Werkzeugsammlung als eine unserer größten Hilfsaktion erweist.

Also Genossen: **Heran an die Werkzeugsammlung!** Ihr helft dadurch unseren russischen Brüdern und Schwestern ein Stück aus dem durch die Naturkatastrophe und die Blockade geschaffenen Elend heraus.

Delitzsch

Das Gewerkschaftskartell behandelte in seiner letzten Sitzung die Frage der Maifeier. Beschlossen wurde, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehen. Zur Erledigung der Vorarbeiten wurde eine achtgliedrige Kommission gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß alle, die am 1. Mai arbeiten oder keinen Lohnverlust haben, einen Tagesverdienst an die Kartellkasse abzuführen haben. Am 11. Mai findet ein Vortrag des Professor Joerges über Arbeitsrecht statt. Für die Familien der inhaftierten Märzkämpfer wurden 700 Mk. bewilligt. Zum Schluß regten sich nachträglich die USPD.-Leute noch einmal auf über eine Notiz des „Klassenkampf" zur Stadtverordnetenwahl; anscheinend sind sie über den Ausgang der Wahl und über ihre Niederlage recht verschnupft. Die Aufregung war völlig überflüssig, denn der „Klassenkampf" hat die damalige Notiz bereits am nächsten Tage selbst richtiggestellt. Wenn man wollte, konnte man damit zufrieden sein, aber es gibt gewisse Leute, die bei jeder Gelegenheit ihr Parteisüppchen kochen wollen. An dem Resultat wird aber trotzdem nichts geändert.

Risiko der Arbeit. Tödlich verunglückt ist auf seiner Arbeitsstelle der Arbeiter Hermann Reiche. Er war mit dem Aufstapeln schwerer Säcke beschäftigt, als plötzlich ein Stapel nachgab und ihn unter sich begrub.

Wolfen

Betriebsunfall. In einer Farbenfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinverwertung wurden durch ausfließende kochende Salpetersäure ein Chemiker und ein Arbeiter am ganzen Körper stark verbrannt. Die beiden Verunglückten fanden in dem Wohlfahrtsheim Aufnahme.

Eilenburg

Aus dem fahrenden Zuge gesprungen ist am Mittwoch in der Nähe von Wölpern der 15jährige Arbeiter Kurt Beyer, als er von dem Zugbeamten ohne Fahrkarte in dem Abteil betroffen wurde. Er fiel bei dem Sprung aus dem Wagen so unglücklich auf den Bahnkörper, daß die erlittenen schweren Verletzungen seinen sofortigen Tod zur Folge hatten.

Jeßnitz

Aus dem Gemeinderat. Nachdem die Wolfener Anilinfabrik den künftigen Zuschuß zu dem Fortbildungsschulgelde für 27 bei derselben beschäftigten jungen Leute (je 40 Mk.) verweigert hat, beschloß die Stadtkörperschaft, von Ostern an auch die anderen auswärt, wie in Bitterfeld und Raguhn, arbeitenden Fortbildungsschulpflichtigen nicht mehr in der Schule des Ortes aufzunehmen; nur zur Aufnahme der Schulbesuchenden aus Bobbau soll ein gemeinsamer Schulverband gegründet werden. Eine Erhöhung der Löhne für die Gemeindearbeiter ist mit dem Dessauer Verbandsleiter vereinbart worden. Der Bebauungsplan für die Gartenstraße gelangte zur Kenntnisnahme. In geschlossener Sitzung wurde eine Besserstellung der städtischen Beamten und Angestellten vorgenommen.

Magdeburg

Großfeuer. Das alte Landgerichtsgebäude, in dem sich das Finanzamt Magdeburg befindet, ist durch Großfeuer zum Teil zerstört. Das Feuer entstand durch Fehler in der Heizung im ehemaligen Schwurgerichtssaal und wurde erst nach Stunden entdeckt. Die Akten eines großen Teils der Steuerabmachungen für sämtliche Reichssteuern in der Stadt Magdeburg sind vollständig zerstört.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0003

Naguhn

Gemeinderatssitzung. Der Bebauungsplan für den Stadtteil an der Bahn wurde angenommen. Die Reichs- und Staatsbesoldungsbestimmungen sollen ohne jedesmaligen Beschluß für die Gemeindebeamten in Kraft treten. Die vorläufigen Ausgaben bis zur Aufstellung des Haushaltsplans für das Jahr 1922 bis 1923 bewilligte die Versammlung. Für das aus öffentlichen Sammlungen angeschaffte Schulkino, welches für Unterrichtszwecke bestimmt ist, wurden die Unterhaltungskosten in Höhe bis zu 7000 Mark jährlich auf die Stadtkasse übernommen.

Neue Druckschriften

Das Kleinbauerntum gegen das Großbauerntum zu mobilisieren, erklärt Rosa Luxemburg in ihrer Rede zum Programm als einziges Mittel gegen die konterrevolutionäre Macht! Darum sorgt für weiteste Verbreitung des

„Pflug“.

Nr. 4 ist soeben erschienen.

Aus dem Inhalt: Der Landbund als Totengräber der Kleinbauern. — Die Kleinbauern organisieren sich gegen den Landbund. — Reitung Deutschlands aus dem Elend! — Zur Maifrage. — Schnapsfabrikantenprofite. — Getreideumlage. — Gegen Brachlegung von Ackerland. — Beschaffung von Brennholz. — Die Agrarkrise in Frankreich. — Die internationale Arbeiterhilfe in der Tartarenrepublik. — Aufhebung der Fideikommisse in Mecklenburg. — Erhöhung der Kalipreise. — Geminne der Kaliindustriellen. — Neue Düngerwirtschaft ohne Auslandsphosphate. — Aus der Kleinbauernbewegung. — Aus der Siedler- und Pächterbewegung. — Aus unserer Mappe. — Feuilleton: Der Ständetag der Pinguine. — Sklaverei oder Aufstieg!

Das **Kommunalprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Einleitung)** ist im Viva-Verlag erschienen und zum Preise von 1 Mk. durch alle Parteibuchhandlungen, Organisationen oder direkt vom Verlage zu beziehen. Die Funktionäre der Partei, insbesondere alle in der Kommunalverwaltung tätigen Genossen, haben sich für den Vertrieb der Broschüre einzusetzen.

Das **Bau-, Siedlungs- und Wohnungsprogramm der Partei** erscheint in der übernächsten Nummer der „Internationale“ und wird später ebenfalls als Broschüre herausgegeben.

„Die Internationale“. Wochenschrift für Theorie und Praxis des Marxismus. Neu erschienen Heft 15 mit folgendem Inhalt: Die zweite Revolution. — Die Aussichten der Genua-Konferenz. — Fritz Heckert: Zum Problem der gleitenden Lohnskala. — Unfried: Die Landarbeiter- und Kleinbauernfrage und die Aufgaben der KPD. Der Preis der Einzelnummer beträgt 2,50 Mk. Organisationspreis 2 Mk.

Ferner soeben erschienen: Vom 3. Jahrgang, das erste Heft der Zeitschrift **„Der Gegner“** mit der satrischen Beilage: „Die Pleite“.

Das neueste Gegnerheft wird u. a. Arbeiten von Franz Jung, Priobreschensky, Ransen, ferner Artikel zur Hungerhilfe für Sowjet-Rußland und außerdem sehr aktuelle Zeichnungen von George Groß bringen. Der Preis des Heftes beträgt 4 Mk., im Halbjahr 22 Mk., im Jahr 40 Mk. Die Gesamt-Auslieferung dieser Zeitschrift erfolgt wie die Auslieferung der „Internationale“ durch die „Viva“, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag), Berlin SW 61, Planufer 17. — Bestellungen auf beide Zeitschriften nehmen entgegen alle Buchhandlungen, Parteibuchhandlungen und Organisationen.

Vom Tage

Ein Attentat. Berlin, 10. April. Als in letzter Nacht der Direktor der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen Dr. Rosberg-Rekow in seinem Kraftwagen die Potsdamer Chaussee passierte, wurde er beschossen. Er jagte in voller Fahrt davon. Eine sofortige Absuchung des Geländes durch Kriminalbeamte blieb völlig erfolglos.

Ueberschwemmung in Dünaburg. Riga, 10. April. Infolge großer Eisstauungen im Dünafluß ist es in Dünaburg zu einer schweren Ueberschwemmungskatastrophe gekommen.

Aufklärung des Raubmordes in Wolfshain. Der Raubmord an dem Kassenboten Oesterreich von den Lausitzer Glaswerken, der auf Bahnhof Wolfshain in der Lausitz einer Räuberbande zum Opfer fiel, ist jetzt durch die Verhaftung des vierten Täters völlig aufgeklärt. Es handelt sich um einen Berliner Verbrecher namens Grafmann, der gestern von einem Kriminalbeamten in Treptow bei Berlin verhaftet wurde. Grafmann ist geständig.

Flugzeuge zusammengestoßen. Bouvais, 8. April. Ueber dem Orte Thieulen bei Grandvilliers stießen zwei Flugzeuge der Luftlinie London—Paris im Nebel zusammen und stürzten brennend ab. Auf dem einen Flugzeug, das einer Flugzeuggesellschaft gehörte, befanden sich außer dem Führer ein Mechaniker und vier Fluggäste. Das zweite Flugzeug, ein Engländer, war mit Zeitungen und Post von London nach Paris unterwegs. Beide Flugzeugführer und die Fahrgäste wurden getötet.

Im Flugzeug um die Welt. Sir Smith, der mit seinem Bruder einen Flug von England nach Australien innerhalb eines Monats unternommen hatte, trägt sich jetzt mit dem ehrgeizigen Plan eines Fluges rund um die Welt. Der Flug soll bereits am 25. April von Croydon aus, südlich von London, beginnen.

Operetten-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
„Die Postmeisterin“
Operette in 3 Akten von **Leon Jessel.** 294
Kasse ab ½10 (Fernspr. 6183) ununterbrch. geöffnet

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107061. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Die **Sitzung der Bezirksleitung** findet am Mittwoch, dem 12. April, nachmittags 5 Uhr, im Bureau der Bezirksleitung statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Bezirksleitung: Georg Schumann.

Mittwoch, den 12. April, abends 7½ Uhr, in der Produktivgenossenschaft: **Funktionärsitzung.** Die 1. und 2. Distriktsleiter sowie Leiterinnen sämtlicher Distrikte müssen vertreten sein.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Unterbezirk. Mittwoch, den 12. April, abends 7 Uhr, im Bureau: **Sitzung der Unterbezirksleitung.** Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Dölau — Nietleben — Schiebzig — Lettin (Distrikt 16). Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr, bei Dierischke in Dölau: **Diskussionsabend.** Alle früheren Teilnehmer vom Schoenland-Kursus sind besonders eingeladen.

Nietleben-Zscherben (Distrikt 17). Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Sonne“ in **Nietleben: Frauenabend.** Vortrag der Genossin Anna Schumann, Halle.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Holzweißig. Dienstag, den 11. April, abends 7½ Uhr, im Hoßerschen Lokale: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Groß-Brehna. Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: „Klassenkampf“. Allseitiges Erscheinen ist Pflicht.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Zeckerin-Zschalau. Sonnabend, 15. April, abends 8½ Uhr: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Merseburg. Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr, in der „Junkenburg“: **Oeffentliche Frauenversammlung.** Thema: „Wenn endet die Not der Frauen.“ Rednerin: Genossin Schlag, Chemnitz.

Querfurt. Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Große öffentliche Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Schumann, Halle.

Dürrenberg. Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Gladiatorwerk“: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Rich. Schnetter, Halle.

Schafstädt. Donnerstag, den 13. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Schumann, Halle.

Alle Versammlungen sind von den Parteigenossen gut vorzubereiten und zu besuchen.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, im Parteibureau: **Wichtige Funktionärsitzung.**

Mittwoch, den 12. April, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle“: **Mitgliederversammlung.**

Kelbra. Dienstag, den 11. April: **Oeffentliche Volksversammlung.** Referent: Genosse Hempel.

Deutsch. Bauarbeiterverband

Bezirksverein Halle. 1499

Dienstag, den 11. April 1922, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“ (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Warum haben die Arbeitgeber den erhöhten Stundenlohn lt. Vereinbarung vom 28. März nicht gezahlt?
2. Die Maifeier.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen, erscheint in Massen!

Die Ortsverwaltung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft“.

Voran mit höchsten Preisen
ist die Rohprodukten-Zentrale
Georgstraße 11, 1. Filiale, **Lauchstädterstr. 20,** 2. Filiale,
Telephon 4926. **Lessingstraße 28,** Haupt-Zentrale Telephon 4926.
Wir zahlen: 1504

Alt-Eisen	pro Kilo	2,50—3,50 Mk.
Maschinenguß I	„ „	3,50—4,00 „
Bücher u. Zeitungen	„ „	3,50—3,80 „
Strickwolle	„ „	15,00 „
Neutuch	„ „	5,00—6,00 „
Knochen	„ „	2,00 „

Lumpen, unsortiert **3,20** Mk.
Altmetalle
Kupfer, Blei, Rotguß, Messing, Zink
höchste Tagespreise.
Rohprodukten-Zentrale
F. Wilsdorf & Co.
Kostenlose Abholung jederzeit.
Geschäftszeit von früh 8 bis abends ½7 Uhr.

Werbt für den „Klassenkampf“!

Ich bin bei dem Amts- und Landgericht in Halle-Saale als Rechtsanwalt zugelassen.
Meine Kanzlei befindet sich
Große Ulrichstraße 57,
Telephon 4366,
Rechtsanwalt
Dr. Siegfried Marcus
1498

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf“ inserieren.

Die Zuchthausketten müssen fallen!
Einakter für Arbeiterbühnen von Otto Beater.
Eine rege Nachfrage nach dem Stück veranlaßte uns zur Herstellung eines Separatdruckes.
Preis 1 Mk.
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlung,
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

Bekanntmachung.

Die Ueberschüsse aus der am 9. März 1922 beim städtischen Leihamte abgehaltenen Versteigerung der in den Monaten Oktober, November und Dezember 1920 verfallenen und erneuerten Pfänder (Pfandnummern von 36021 bis 41472 und Pfandscheine in braunem Druck) sowie die in der Versteigerung freigewordenen Pfänder sind innerhalb der einjährigen Abholungsfrist vom **28. März 1922 bis 27. März 1923** bei der Kasse des Leihamts gegen Rückgabe der Pfandscheine und gegen Quittung in Empfang zu nehmen.

Alle in dieser Zeit nicht abgehobenen Ueberschüsse und freigewordenen Pfänder verfallen dem Reservefonds des Leihamts bzw. der Orts-Armenkasse. 293

Halle, den 27. März 1922.

Das Leihamt der Stadt Halle.

Nur unsere Preise
schlagen alle Schreier darnieder!
Wir zahlen bis auf Widerruf:

Papierabfälle	Kg. 2,80 Mk.	**Bücher**	Kg. 3,80 Mk.
Zeitungen, gebündelt	„ 4,00 „	**Lumpen**	„ 3,00 „
Schmiedeeisen, blechfr.	„ 3,00 „	**Eisenteile, Rohrbruch**	„ 3,00 „
Ia. Maschinenguß	„ 4,00 „	**Knochen**	„ 2,00 „

Kupfer, Rotguß, Messing, Blei und Zink
nur zu höchsten Tagespreisen.
Nur Kriststraße 24. Telephon 5859. Gr. Brunnenstraße.
Paul Theuring
Rohstoff-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.
Nur Augustastr. 17 (Hof). Telephon 4363.
Gastwirten empfehlen wir unsere Bierunterseher zur gefälligen Benutzung. 1501
Durch ständige telephonische Belästigung wegen Preis- und Gewichtsdifferenzen, erklären wir, daß die Nummer 5659 nicht mehr Domplatz angeschlossen ist. Auch ist dieses Unternehmen mit unserem nicht mehr identisch. D. O.

Frische 1498
Seefische, Räucherwaren, Fischkonserven
kaufen Sie sehr vorteilhaft und gut bei
Karl Pfeiffer,
Neumarkt-Fischhalle, Geiststr. 33, Ecke Albrechtstr.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in Halle a. d. S., Magdeburger Str. 60, II Tr. jeden Sonnabend v. 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin SW 11

Schreibwaren, Schiefertafeln, Schulbüchern
usw. in der
Volksbuchhandlung.

Kleiner ehrlicher **Schuljunge**
z. Wegelaufen sofort gesucht.
Korbgeschäft Kriststraße
1485 - (Postgebäude).

Stadt-Theater.
Dienstag, den 11. April 1922, Anfang 7½, Ende 10½ Uhr:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von Meyer-Förster.
Mittwoch: 1499
Zar und Zimmermann.

1500
Stets das Neueste!
Besonders preiswert.
Damenwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

Versandhaus Gottfried Schrant Lihmacher, Schweerstraße 4. Halle a. d. S.

Alle Parteischriften
Volksbuchhandlung.

Licht-Spiele gr. Ulrichstr. 51.
Täglich 4.00, 6.15, 8.25
Der Sensationsfilm des Tages:
Das große Spiel.
Der Welt größter amerikanischer Abenteurer-Film in vier Teilen.
I. und II. Teil in einem Programm. 1503
I. Teil: Der Sprung in den Abgrund.
II. Teil: Auf den Schienen der Railway.
Zusammen 12 Akte.

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Der geheimnisvolle Dolch.
VI. (Schluß) Teil.
6 Akte
mit **Eddie Polo** in der Hauptrolle.
Vorf. 4.00, 6.40, 9.25.
Dazu: 1502
Sklaven d. Rache.
Ehetragödie der neuesten Zeit in 5 Akten mit
Margarete Kanner
Elfriede Nissen
Philipp Lothar.
Vorführung 5.10, 8.05.

Wir suchen zu kaufen:
Alte Jahrgänge der Neuen Zeit zu Bibliothekszwecken. Gleichzeitig ersuchen wir alle Genossen, ehe sie Bücher veräußern, sie uns zwecks Ankauf anzubieten.
Die Bezirks-Zentral-Buchhandlung,
Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14.

Arbeiter!
Fell-Hoffmann, Eisleben, Grabenstr. 25,
bezahlt für Kanin-, Ziegenlämmer-, Hamster-
Felle
erstaunlich hohe Preise. 138
Arbeiter, unterstützt nur
Fell-Hoffmann, Eisleben, Grabenstr. 25.

Suche scharfen
Feldstecher
gegen gute Bezahlung zu kaufen.
158 **Eisleben, Breiter Weg 65.**

Bekanntmachung.

1000 Mk. Belohnung

zahlt die Gemeinde Helfta demjenigen, der die Baumfrevler, welche die jungen Bäume an der Blauen Chaussee (Weg zum Bahnhof) und an Unterritzdorfer Straße abgebrochen haben, zuerst so namhaft macht, daß diese Buben gerichtlich belangt werden können. Obige Belohnung kann unter bestimmten Voraussetzungen erhöht werden. Anzeigen sind auf dem Gemeindesekretariat schriftlich oder zu Protokoll abzugeben.

Helfta, den 6. April 1922.

159 **Der Gemeindevorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 10. April 1922

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung

Die Beamten in der Kommunen müssen nach den gesetzlichen Bestimmungen so besoldet werden, wie die Reichs- und Staatsbeamten. Reich und Staat haben jetzt mit Wirkung vom 1. April an das Grundgehalt der Beamten für die Besoldungsgruppen 1 bis 12 wie folgt festgesetzt:

Gruppe 1:	11 000—16 000	Mark
„ 2:	13 500—18 000	„
„ 3:	15 000—20 000	„
„ 4:	16 000—21 500	„
„ 5:	17 000—23 000	„
„ 6:	18 500—25 000	„
„ 7:	20 000—28 000	„
„ 8:	22 000—31 000	„
„ 9:	25 000—36 000	„
„ 10:	28 000—42 000	„
„ 11:	32 000—48 000	„
„ 12:	40 000—60 000	„

Der Ortszuschlag beträgt bei einem Grundgehalt bis 14 800 Mk. 3200 Mk., über 14 800 bis 16 500 Mk. 4000 Mk., über 16 500 bis 19 800 Mk. 4800 Mk., über 19 800 bis 21 800 Mk. 5600 Mk., über 21 800 bis 27 400 Mk. 6400 Mk., über 27 400 bis 40 000 Mk. 7200 Mk. über 40 000 Mk. 8000 Mk. jährlich.

Der Ausgleichszuschlag ist von 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht; dazu kommen weitere 30 Prozent für die ersten 10 000 Mk., also 3000 Mk.

Die Wirtschaftsbeihilfe beträgt einheitlich 1250 Mk. für Halle. Für die Ehefrau wird eine Zulage für alle Gruppen von 2500 Mk. gewährt.

Die Kinderbeihilfe ist von 150, 200 und 250 Mk. auf 200, 250 und 300 Mk. nebst 30 Prozent Ausgleichszuschlag neu festgesetzt worden.

Die Mehrkosten, die der Stadt aus der Pflicht der Besoldungserhöhung erwachsen, betragen für das Jahr 1922 34 700 000 Mk.

Der Bäckergehilfenstreik vermieden

In den am Freitag, dem 7. April, stattgefundenen Verhandlungen erklärten sich die Großbetriebe bereit, die Forderungen zu bewilligen. Die Bäcker-Innung konnte sich nur mit der Hälfte einverstanden erklären, so daß nunmehr in den Großbetrieben ein Wochenlohn von 780 Mark und in den Kleinbetrieben ein Höchstlohn von 560 Mark gezahlt wird. Der Unterschied zwischen den Löhnen in den Klein- und Großbetrieben wird geringer werden, wenn die Kollegen in den Kleinbetrieben ihre Eigenbrödelei aufgeben und alle sich dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren anschließen. Durch die Beilegung des Lohnstreites ist die Brotversorgung nicht gestört worden. Die Bäcker-Innung hätte einen Streik in den Großbetrieben nicht ungern gesehen, und zählte schon im voraus die Hasen, die ihr dadurch in ihre Küche getrieben werden sollten. Vorbei ist es aber nun mit dem doppelten Osterverdienst. Wir möchten der Bäcker-Innung dringend empfehlen, auch ihrerseits dem Verband gegenüber eine andere Haltung einzunehmen, andernfalls müßten wir noch mehr wie bisher der Arbeiter- und Angestelltenschaft von Halle und Umgebung sagen: Deckt Euren Bedarf an Backwaren in den Genossenschaften, weil in diesen Betrieben bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Die Forderungen der Sozialrentner

Am Sonntagvormittag tagte im „Volkspark" eine gutbesuchte Versammlung der Sozialrentner, die sich mit der Notlage der Sozialrentner befaßte. Leidenskollege Schoenlank betonte, daß die Invaliden durch eine eigene Organisation sich bei den amtlichen Stellen den nötigen Nachdruck für ihre berechtigten Forderungen verschaffen müßten. Nur durch die Tätigkeit des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen sei es möglich gewesen, eine neue Erhöhung der Rentenzuschüsse zu erwirken. In Halle sei es der Organisation gelungen, eine Reihe von großen Erfolgen zu erringen. Unter anderem habe man auch den Abzug der Armenunterstützung abgewehrt, wodurch eine große Summe in die Hände der Invaliden geflossen sei. Deshalb müsse sich in Zukunft jeder Invalide organisieren.

Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 9. April im „Volkspark" tagende, gutbesuchte Versammlung der Sozialrentner Halles erwartet von der Reichsregierung, daß sie die dringende Notlage der Sozialrentner durch Anweisung einer Rente in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung behebt. Die Versammelten protestieren energisch gegen die zu niedrige Festsetzung der Rentenzuschüsse."

Zu Ehren des verstorbenen Mitgliedes G. Schmidt erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen.

„Unser Betrieb"

so nennt sich ein „unparteiisches" Wochenblatt, das Herr Wentzel in Teutschenthal für „seine" Arbeiter drucken läßt. Herr Wentzel ist der junkerliche Sinnes, der in Mitteldeutschland über etwa 60 000 Morgen Land verfügt, dem eine Reihe von Zuckerfabriken, Kalischächte, Gruben usw. gehören, dem die ganzen Orte und Dörfer zwischen Pfiüßthal und Teutschenthal untertänig sein müssen, weil er unbeschränkter Herrscher über alles ist, was sich über dem Erdboden erhebt. Bei seinen „Untertanen" ist er der „gnädige Herr" und Herr Wentzel weiß, daß es für ihn und seinen Profit nur gut sein kann, wenn die Distanz zwischen „gnädiger Herr" und „Untertan" für alle Zeiten bestehen bleibt. Sie wird im schlechtesten Falle dazu beitragen, noch mehr Ländereien und Häuser den kleinen Bauern und den Arbeitern abzunehmen und ihn zu einem kleinen König machen — wenn — wenn „seine" Untertanen und „seine" Arbeiter ihm nicht vorzeitig einen Strich durch die Rechnung machen. Das heißt, wenn sie in ihm nicht mehr den „gnädigen Herrn" sehen, sondern einen ganz gewöhnlichen Menschen, der sich nur das Recht anmaßt, über seine Mitmenschen zu herrschen und sie auszubeuten. Damit seine Untertanen aber diese Erkenntnis nicht erlangen, damit sie in ihm nicht den Kapitalisten sehen, der sie schamlos ausbeutet und ihnen die Früchte ihrer Arbeit vorenthält, ihnen nur geringe Löhne zahlt, die zum Leben nicht ausreichen, während er Reichtum auf Reichtum anhäuft, scheut er keine Mittel, um die Arbeiter von dem Kampf um die Lebensnotwendigkeiten abzulenken und abzuhalten. Er läßt eine eigene Zeitung drucken und diese an die Arbeiter gratis verteilen. Als Redakteur hat er den Pfarrer Richard Moeseritz aus Salzmünde gekauft, der als „Sozialsekretär" wohl am besten die Profitinteressen der Firmen Wentzel und Bolthe zu vertreten weiß. Herr Wentzel hat höchstselbst geruht, der ersten Nummer ein Geleitwort mit auf den Weg zu geben. So schreibt Herr Wentzel über den Zweck, den er mit der Herausgabe der neuen Zeitung verfolgt, unter anderem folgendes:

„Wir alle, Betriebsleiter, Angestellte, Arbeiter haben in den schwären Jahren, die dem Versailler Frieden gefolgt sind, viel gelernt. Wir wissen jetzt alle, daß wir gegenseitig auf Gedeih und Verderb auf einander angewiesen sind. Diese Erkenntnis soll „Unser Betrieb" vertiefen. Er soll das Verständnis für die lebendige Einheit des Gesamtbetriebes zum Bewußtsein bringen.

„Unser Betrieb" soll nach allen Seiten hin aufklären, sowohl die Betriebsleiter als die Arbeiter, soll das gegenseitige Verständnis für unsere gemeinsame Arbeit wecken und dadurch dem Wohle des Ganzen dienen. Parteipolitik sei aus den Spalten unseres Blättchens ein für allemal ausgeschaltet; dabei soll es aber im christlichen und vaterländischen Geiste redigiert sein. Es soll uns immer und immer wieder sagen, daß wir allzumal und zu allererst Deutsche sind, daß wir ein gemeinsames deutsches Vaterland besitzen, daß wir alle, Arbeiter, Angestellte, Betriebsleiter und Inhaber, unverdrossen in unserem Kreise daran arbeiten müssen, unsere Heimat wieder groß und stark und mächtig zu machen, daß wir dazu aber alle in diesem deutschen Selbstbewußtsein einig werden müssen. „Unser Betrieb" diene diesem großen Ziel des gemeinsamen Wiederaufbaues. Er erwecke Verantwortlichkeitsgefühl und Sinn für den Staatsgedanken und wirke befruchtend über unseren Kreis hinaus."

Herr Wentzel ist sich seiner Sache ziemlich sicher. Er spricht ganz offen aus, was er mit seinen Blättchen bezweckt. Und sein Soldschreiber, der christliche „Sozialsekretär", liefert auch in der ersten Nummer den Beweis, daß er zur Zufriedenheit seines Brotgebers die Gehirne der Arbeiter zu verkleistern versteht. Da Parteipolitik, d. h. die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft in dem Blättchen nicht geduldet wird, wird auch sehr scharf betont, daß die Arbeit intensiviert werden muß, weil in 9 und 10 Stunden mehr geschafft werden kann wie in 8 Stunden. Auch der „vaterländische" und der christliche Geist, d. i. derjenige, der den Kapitalisten den Profit liefert, kommt nicht zu kurz. Besonders wendet sich der Soldschreiber gegen die „Knutenschläge des Feindbundes", die sich das deutsche Kaffernvolk (darunter meint er die Arbeiter) nicht länger gefallen lassen dürfte. Er fordert die Selbsthilfe (Orgesch, Stahlhelm), die jeder anständige Deutsche wollen muß. Und darum soll das Blättchen kämpfen für die höchste Lebensmacht, den Herrgott, für Religiosität, für die deutsche christliche Kultur, für den Geist Bismarcks usw. Gleichzeitig werden die Arbeiter verhöhnt und mit Schmutz beworfen. Nun, die Arbeiter sind durch die Verschärfung der sozialen Gegensätze bereits soweit geschult, daß sie das kostenlos gelieferte Kleisetitpapier auch nur für den einzig möglichen Zweck gebrauchen werden.

---

* **Unglaubliche Behandlung eines Fürsorgezöglings.** Die „segensreiche" Einrichtung der Fürsorgestellen mußte ein 16jähriger junger Mann an seinem jungen Körper erfahren dessen Eltern jetzt in Halle wohnen. Als im Jahre 1918 die Mutter (Witwe) ihre drei Kinder nicht mehr ernähren konnte und sie selbst auf das Land gehen mußte, um den Lebensunterhalt für sich zu verdienen, wurden ihre Kinder in ein Waisenhaus in Kiel gebracht. Als die Kinder nun herangewachsen waren, wurden sie zu Bauern auf das Land geschickt. Der damals 14jährige Otto Gorzetzki kam zu einem Bauern nach Norby bei Owisdslag in Schleswig-Holstein. Der Junge hat dort getreulich ausgehalten, obwohl er schwer mißhandelt und schlimmer wie ein Stück Vieh behandelt wurde. Obwohl es im Orte bekannt war, wie der Junge behandelt wurde, hat sich niemand darum gekümmert. Erst als die Mutter — die sich wieder verheiratet hat und jetzt in Halle wohnt — vor einigen Tagen nach Schleswig-Holstein fuhr, um ihre Kinder zu besuchen, mußte sie die Folgen ungeheuerlicher Brutalität feststellen. Hände, Füße und Ohren waren erfroren. Die Hände zeigten tiefe offene Wunden, in denen wildes Fleisch wucherte. Mit diesen Wunden und Schmerzen mußte der arme Junge die schwersten und schmutzigsten Arbeiten verrichten. In ärztliche Behandlung wurde er nicht gegeben, sondern, wenn er den Bauern darauf aufmerksam machte, daß er die Arbeit wegen der großen Schmerzen nicht machen könne, wurde er mit der Peitsche dazu getrieben. Der Anblick dieses gesunden, gutgewachsenen Jungens ist geradezu erschütternd. Geld bekam er nicht. Der Lohn — 800 Mark im Jahre — mußte an die Fürsorgeanstalt abgeführt werden, die sich dafür um ihre Pfleglinge nicht weiter kümmerte. So hatte der Junge auch nichts anzuziehen, als einen vollkommen zerrissenen Anzug, schmutzige, zerfetzte Hemden und Holzpantoffeln. Wie die Mutter ihn vorfand, so mußte sie ihn mitnehmen. Jetzt befindet er sich in ärztlicher Behandlung, und es wird lange dauern — wenn es überhaupt gelingt — ihn wieder vollkommen herzustellen. So werden junge Menschenleben, die wirklich unschuldig an diesen trostlosen gesellschaftlichen Zuständen sind, durch die Profitgier der Bauern und durch die „Fürsorge" der Fürsorgeanstalten zugrunde gerichtet. Der Mutter hat man, als sie sich darum bemühte, die Kinder nicht wieder zurückgegeben. Wahrscheinlich sollten sie die „Fürsorge" in der Anstalt erst wieder abverdienen. Das ist die „segensreiche" Einrichtung der christlichen Fürsorge!

* **Skandalöse Zustände** entwickeln sich in der Maschinenfabrik von Schmidt u. Spiegel, Magdeburger Straße 59, die anscheinend der Obmann des Betriebsrates noch zu begünstigen scheint. Seit etwa vier Wochen ist dort ein Antreiber angestellt, der mit der Uhr in der Hand sogar die Arbeiter kontrolliert, wenn sie einmal austreten. Durch sein Auftreten hat er sich bei den Arbeitern schon so „beliebt" gemacht, daß sie ihm den Beinamen „der weiße Schrecken" gaben. Die Bureauangestellten tragen alle den Stahlhelm, wie es sich gehört, wenn man einen leibhaften Baron zum Chef hat. Vor einigen Tagen wurde ein Maler wegen „Arbeitsmangel" entlassen, während die beiden anderen täglich und sogar Sonntags Ueberstunden leisten. Die Untätigkeit des Betriebsrates werden die Arbeiter zu quittieren wissen und zu der Neuwahl der Betriebsräte nur solche Kollegen wählen, die die Interessen der Arbeitskollegen rücksichtslos vertreten.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** Zu den am 13., 19. und 20. April im Stadttheater stattfindenen Aufführungen der Operette „Die Fledermaus" sind Eintrittskarten zu 9 Mk. für den 2. und 3. Ring, sowie zu 4 Mk. für den Oberring noch im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zu haben. — Am Karfreitag, abends 8 Uhr, gelangt in der Aula der Martinschule, Charlottenstraße 14, Walter Hasenclevers dramatische Dichtung „Antigone" durch die Schauspielerin Paula Thetter vom Stadttheater zur Vorlesung. Karten zu dieser Veranstaltung zum Preise von 5 Mk. sind ebenfalls im Arbeitersekretariat zu haben.

* **Für die jugendlichen Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes** im Alter von 14 bis 18 Jahren (männliche und weibliche) findet Dienstag, den 11. April, abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Drangerstraße 10 III, eine wichtige Jugendversammlung statt, in der zur Gründung einer Sektion, Wahl einer Sektionsleitung und der Jugend-Kartelldelegierten Stellung genommen werden soll.

* **Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Heute abend 8 Uhr Quartalsgeneralversammlung bei Wilsdorf. Erscheinen aller ist Pflicht.

* **Volkshochschule Halle.** Der Arbeitsplan für das Sommersemester ist soeben erschienen. Er enthält die Ankündigung zahlreicher Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Kurse für Philosophie, Sprachen, Literatur, Geschichte, Volkswirtschaft, Volkskunde, Naturwissenschaft, Technik und Medizin. Zum ersten Male erscheint ein großer Zyklus von Vorträgen mit praktischen Vorführungen über den Sport. Außer Berlin hat bisher noch kein Arbeitsplan einer Volkshochschule einen so in sich geschlossenen Lehrgang über Sport aufzuweisen. Für unsere Zeit beachtenswert sind auch die Vorträge über Siedlungswesen mit Besichtigung und Ausflügen nach verschiedenen Siedlungen in der Umgebung Halles. Der ausführliche Arbeitsplan ist kostenlos Große Märkerstraße 10 I und in den Verkaufsstellen der Zeitungen zu haben. Der Beginn des Semesters ist auf den 2. Mai festgesetzt.

Aus der Provinz

Zur Raubmordsache auf der Halle—Hettstedter Eisenbahn

Amtlich wird gemeldet: Es ist höchst wichtig, daß alle Personen, die am vergangenen Freitag in der Nagelschen Gastwirtschaft in Benkendorf, nahe dem Bahnhof Cölme, verkehrt haben, sich umgehend melden bei Oberlandjäger Wolf in Benkendorf oder Kriminalpolizei Halle, Dreihauptstraße 4, Zimmer 20. — Wie festgestellt ist, fehlt eine handische der ermordeten Frau Dr. Nette. Sie besteht aus dunkelgrünem glatten Saffianleder, mit dunkelgrauem Wildleder gefüttert. Das Täschchen ist auffallend groß. Es enthielt einen zahlosen Klemmer mit schmalgoldenem Bügel, in silbernem Klappfutteral, ein Bund mit etwa zehn Schlüsseln, ein einzelner großer Alluminium-Torschlüssel, ein kleines grünlederne Blöckchen mit perforierten und gummierten Besuchskärtchen mit der Aufschrift Frau Dr. Nette-Schwittersdorf, ein weißes Damentaschentuch, vermutlich mit buntem Rand, weißgezeichnet E. N. oder E. O., ferner verschiedene Kassenzettel der Firmen Böker, Ilser, Mosit, Nordseehalle, ein Stück Bienenstich (Kuchen), einen Barbetrag von etwa tausend Mark.

Für Ermittelung der Täter ist eine Gesamtbelohnung von 110 000 Mark ausgesetzt.

Die elende Lage der Bergarbeiter

Ein Bergarbeiter aus dem Meuselwitzer Grubenrevier erläßt in unserem Merseburger Parteiorgan folgenden Notschrei:

Bergarbeiter, Kameraden! Seit unseren letzten Lohnzulagen für Februar und März, welche schon, ehe wir sie in die Hände bekamen, durch die erhöhten Preise weit überholt waren, droht uns eine neue Teuerungslawine zu erdrücken. Die von Tag zu Tag rapider steigenden Preise alles dessen, was zum Leben unumgänglich nötig ist, haben eine Höhe erreicht, die das bei weitem übertreffen, was noch vor etlichen Wochen als nicht möglich erschien. Die Getreide- und Mehlpreise sind in den letzten Wochen um das 2½fache gestiegen. Minderwertige Nahrungsmittel, die gerade von den ärmsten und kinderreichsten Familien gekauft werden müssen, sind ganz erheblich im Preise gestiegen. Fleisch, Wurst, Butter, Fett können wir uns nur in ganz geringen Mengen oder zum Teil gar nicht mehr kaufen, denn der erbärmliche Kuli-lohn, den uns die Unternehmer bezahlen, langt nicht dazu aus. Schuhe und andere Kleidungsstücke sind überhaupt nicht zu bezahlen. Wir verelenden, verlumpen von Tag zu Tag mehr.

Kameraden! Wollen wir noch länger für ein Trinkgeld arbeiten? Der Hund des Grubenprotzen lebt besser als wir. Sollen wir unter das Vieh herabsinken, wollen wir ganz und gar verlumpen, Kameraden? Wir, die wir Werte schaffen? Nein, und abermals nein! Wir verlangen mehr Lohn und Brot!... Die Haltung unserer Gewerkschaftsführer bei den letzten Lohn- und Tarifverhandlungen ist nicht gutzuheißen. Mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik haben sie uns an der Nase herumgeführt; die unklare Berichterstattung über die Verhandlungen uns gegenüber hat veranlaßt, daß allerhand Parolen kursieren. Wenn die Gewerkschaftsbureaukraten die Einheit der Gewerkschaft wollen, ist es notwendig, eine andere Stellung einzunehmen und schnellstens in Lohnverhandlungen einzutreten. Kameraden im mitteldeutschen Braunkohlen-Bezirk: „Auf, zum Kampf! — Kämpfen wir um eine bessere Lebenslage!"

Langendorf b. Weißenfels

Landarbeiterversammlung. In einer öffentlichen Landarbeiterversammlung sprach hier der Genosse Höcker über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter in Mitteldeutschland. Er nahm besonders den jetzt abgeschlossenen Tarif des DLV. unter die Lupe, und stel es ihm nicht schwer, an Hand der Löhne der Industriearbeiter nachzuweisen, daß die Entlohnung der Landarbeiter erbärmlich sei. Genosse Höcker erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 5. April in Langendorf stattfindende öffentliche Landarbeiterversammlung bringt den kämpfenden Arbeitsbrüdern in Thüringen volle Sympathie entgegen. Die Landarbeiter verlangen von der Leitung des DLV., daß er die Führung des Kampfes übernimmt und alle Landarbeiter zum gemeinsamen Kampf für eine menschenwürdige Existenz aufruft."

Liebenwerda

Die Besiedlung des Schradens nimmt greifbare Gestalt an. Der Streit geht nur darum, wer soll die Aufgabe durchführen, der Kreis, die Schradengemeinden oder „Sachsenland". In der großen Versammlung in Pressa, wo von allen Seiten viele hundert Landhungrige herbeigeströmt waren, ging es oft sehr erregt zu. Man geriet sich schwer in die Haare und der Landrat, als Leiter, hatte große Mühe, Ordnung und Disziplin zu halten. Vertreter waren reichlich anwesend, sogar vom Landwirtschaftsministerium. Der Direktor der Siedlungsgesellschaft „Sachsenland" konnte nicht durchdrücken, man wittert Kapitalsinteressen. Die Schradendörfer wollen ihr Land selbst haben, und nach einer Entschließung soll das Projekt mit Hilfe des Kreises durchgeführt werden. Die Schradendörfer wollen von ihrem vermeintlichen Rechte nichts preisgeben. Die Gründung eines Interessenverbandes wurde durchgesetzt.

Dessau

Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich bei den Abbruchsarbeiten auf dem Gebäude des abgebrannten Friedrichs-Theaters. Sechs Mann, darunter unser Genosse, der Klempner Roman Ney, waren damit beschäftigt, eine neun Meter hohe Mauer einzureißen. Die Bemühungen der Arbeiter schienen anfangs ohne Erfolg. Es sollte deshalb noch einmal eine Leiter an die Mauer angesetzt werden, um das Gestein auf andere Weise zu lockern. Unser Genosse ging und holte eine Leiter herbei. Als er sich auf der anderen Seite der Mauer befand, neigte sich deren Oberteil plötzlich und stürzte ein. Unser Genosse sprang seitwärts, geriet aber dennoch unter das niederstürzende Gestein und wurde verschüttet. Seine Verletzungen waren so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schneider; für Anzeigen Fritz Krah, Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf

Du bist kein Mitglied der Produktiv-Genossenschaft, wenn dein Anteil nicht 100 Mark beträgt. Hole das Versäumte in der Generalversammlung am 14. April vorm. nach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

8] Roman von Upton Sinclair

V

Ein Ruf erscholl aus der Ferne, Corydon schrak auf. „Das ist die Mutter; wie rasch der Nachmittag verflogen ist."

„Müssen Sie heimgehen?" fragte er.

„Ja."

„Schade. Ich wollte Ihnen noch einige Bücher nennen, die Sie lesen sollen. Sie müssen mir erlauben, Ihnen zu helfen."

„Wenn Sie es tun wollten."

„Ich werde mein möglichstes versuchen, schäme mich, es nicht früher getan zu haben."

Sie hatten sich erhoben und schritten dem Haus zu. „Können Sie morgen wiederkommen?" fragte er.

„Sie wollten doch arbeiten," warf sie ein.

„Ich kann noch einen Tag aussetzen, die Pause wird mir gut tun."

Thyrsis half seinen Gästen in den kleinen Kahn und kehrte dann zu seinem Blockhaus zurück. Auf den Stufen blieb er stehen, flüsterte: „Corydon, kleine Corydon."

So stellte er sie sich vor, nicht etwa, weil er sie schon als Kind gekannt hatte, sondern weil es wirklich seine Auffassung von ihr war: sanft, klein und weich. Sie zählte nun achtzehn Jahre, und er kam sich mit seinen zwanzig wie ihr Großvater vor. Jetzt jedoch verblüffte sie ihn. Sie hatte seine Arbeit wirklich verstanden und sie hungerte nach Leben. Es war wie eine Explosion gewesen, die Schranken waren gefallen, er sah sie, wie sie tatsächlich war, und vermochte es kaum zu glauben. Der Gedanke daran verfolgte ihn unablässig.

Sie kam zeitig am folgenden Morgen, und sie saßen zusammen am Steuer. Er gab ihr Ratschläge, was sie lesen solle, dann plauderten sie über unzählige Dinge, erhitzten sich in der Diskussion, achteten nicht der Zeit. Es gab ja so viel, was besprochen werden mußte.

Er behauptete, Corydon verliere dadurch, daß sie alles leugne, vieles Erhebende der Vergangenheit. Er sprach von Jesus, einerlei, ob er nun tatsächlich gelebt oder ein Meisterwerk des Menschengeistes gewesen. Er zeigte ihr den Mann der Evangelien, nicht den Gott in schimmerndem Gewand, mit der glänzenden Krone, sondern den schlichten Arbeiter, der von einem nahen Himmel und einem liebenden Vater träumte. Er ging umher unter den Armen und Niedrigen — der erste Revolutionär — lehrte die Ueberlegenheit der Seele, fündete eine Lehre, die unter den Säulen aller Institutionen wie Dynamit droht. Er lebte als Vagabund und Ausgestoßener, starb den Tod eines Verbrechers, und jene, die ihn gemordet haben, benützen seine Lehre, um die Welt zu versklaven. All dies war völlig neu für Corydon, und sie versprach, als erstes Buch das Neue Testament zu lesen.

VI

So redeten sie, bis Thyrsis erschreckt merkte, daß die Schatten zu fallen begannen. Es war fünf Uhr, und sie hatten völlig das Essen vergessen. Hastig verzehrten sie eine kleine Mahlzeit, ohne ihr Gespräch zu unterbrechen. Endlich wollte Corydon heim.

„Wir wollen noch den Sonnenuntergang abwarten," meinte Thyrsis.

Sie erklommen den Hügel, sahen den Sonnenuntergang und den aufsteigenden Vollmond. Die Luft war klar, der Himmel schimmerte opalen; perlengleiche Wolken leuchteten blaß. Thyrsis schien es, als drückten diese Farben die Seele aus, die sich ihm eröffnet hatte; eine Seele ohne Makel und Flecken, ohne niedrige Gedanken, bar aller Eitelkeit und Heuchelei. Hier, im silbernen Mondlicht, erklärte Thyrsis dem Mädchen, weshalb er wie ein Einsiedler lebe. Er sprach ihr von der seltsamen Verzückung, die ihn heimsuche, der wundersamen Freude seiner Visionen. Noch niemals hatte er mit jemandem von diesen Dingen gesprochen.

„Bisweilen," sagte er, „mißlingt mir alles, es entstehen bloß gebrochene Sätze ohne Sinn. Dann ist mir zumute wie einem Menschen, der zusieht, wie ein geliebtes Wesen vor seinen Augen ertrinkt. Ich glaube, die Mutter eines noch ungeborenen Kindes muß so empfinden: gebe ich dem Kind nicht das Leben — kein anderer kann es tun. Deshalb bedeuten die Dinge an denen anderen soviel liegt, nichts für mich. Ich verlange nicht nach Stellung oder Ruhm, fürchte weder Spott noch Lächerlichkeit. Es mag töricht klingen, doch habe ich weder mit dem Guten noch mit dem Bösen der Menschen etwas gemein. Ihre Pflichten binden mich nicht, ich habe weder Heim noch Vaterland, darf weder Frau noch Kinder haben. Begreifen Sie?"

„Ja," hauchte Corydon erschüttert.

„Betrachten Sie das Elend und die Laster der Welt," fuhr er fort. „Die Grausamkeit, die Habgier, den Haß; all die kleinlichen, egoistischen Dinge, die Eitelkeit, den Neid. Alles kommt daher, weil die Menschen nicht die Möglichkeiten des Lebens, seine Heiligkeit und seinen Wert erkennen. Sie suchen und suchen und — gehen irre. Denken Sie an die Trunksucht; sie bringt eine Art Glück, doch führt sie in den Abgrund. Ich war in der Tiefe des Abgrundes und weiß, was es dort gibt. Und gerade die begabtesten Menschen stürzen oft in diese Tiefen. Die Stumpfen sind zufrieden, nur die Sehnsüchtigen, Lebensvollen gelangen an den Rand des Abgrunds. Wenn ich eine Straße entlanggehe und die Lichter der Kneipen und Bars sehe, könnte ich schreien vor Schmerz, möchte ich den Menschen zurufen: „Der Totenacker eurer Genies, der Totenacker eurer Genies."

Corydon blickte in Thyrsis' emporgerichtetes Gesicht. „So mag Jesus empfunden haben, da er über Jerusalem weinte."

„Ja, eine neue Religion will geboren werden. Heute wird man freilich nicht mehr verfolgt, wird bloß ignoriert. Man wird nicht mehr ans Kreuz geschlagen, wird bloß verlacht, und kann verhungern. Dieses Los erwartet mich. Ich besitze nur hundert Dollar, damit komme ich aus, bis das Buch beendet ist."

„Und andere Leute haben soviel Geld!" rief Corydon.

„Ja, so viel, und wissen nicht, was damit anfangen, werfen es im Uebermut fort. Und tief unten leben die Armen, schuften, um unsere Zivilisation zu ermöglichen. Der Gedanke an ihr elendes Leben verfolgt mich unaufhörlich. Ich komme mir vor wie ein Mensch, der aus einer belagerten Stadt entkommen ist; ich muß eine Botschaft ausrichten, Entsatz herbeiholen. Ich bin ihre einzige Hoffnung, lasse ich sie im Stich, so bin ich ein versluchter Verräter, ein verdammtes Geschöpf. Sie sind unwissend und hilflos; wie ein Sturm des Leides und der Verzweiflung kommt der Ruf zu mir. Eines Tages werde ich die Worte finden, die bis zu ihnen dringen. Ich darf sie nicht im Stich lassen."

Sie verharrten einliche Augenblicke schweigend.

„Wie gern würde ich Ihnen helfen," flüsterte sie schließlich.

„Vielleicht können Sie mir helfen, ein wahrer Freund ist etwas Seltenes."

„Ich würde alles auf der Welt tun, um an Ihrem Werk teilzuhaben."

„Ist das Ihr Ernst?"

„Ich würde alles ertragen, bis ans Ende der Welt gehen, Ihrem Werk zuliebe. Würde alles von mir werfen, wie Sie es tun."

„Sind Sie stark genug, könnten Sie es wirklich?"

„Ich weiß es nicht. Ich bin ja fast noch ein Kind. Doch stürbe ich dafür."

So kam es, wie der Morgen nahte; sich unbemerkt, unerwartet ausbreitet, bis der Tag aufglänzt. Als sie einige Monate später über diesen Tag sprachen, fragte Thyrsis: „Wann hat ich dich eigentlich, meine Frau zu werden?"

„Ich glaube, du hast mir nie einen Antrag gemacht. Es kam einfach so, mußte kommen."

„Und wann küßte ich dich zum erstenmal?"

„Ich weiß es nicht."

„War es nicht an jenem Abend, auf dem Hügel?"

„Ich hatte es kaum gemerkt," erwiderte sie. „Es war so natürlich, daß du mich küßtest, wie es für mich natürlich ist, Atem zu schöpfen."

VII

Als er sie heimruderte, stand der Mond noch am Himmel. Sie verharrten in ehrfürchtigem Schweigen.

Da Thyrsis in seinen Wald zurückkehrte, wanderte er die halbe Nacht ruhelos umher. Am folgenden Morgen vermochte er nicht zu arbeiten, strebte dem kleinen Dorf zu. Auf halbem Wege begegnete er dem Mädchen.

Sie setzten sich an den Straßensaum.

„Corydon," sagte er, „ich habe über unsere gestrige Unterredung nachgedacht und bin sehr erschrocken. Ich wollte Sie bitten, alles zu vergessen. Ich kann niemanden in mein Leben nehmen, bei Gott, ich darf nicht so grausam sein. Der Gedanke daran erschreckt mich. Bitte, bitte, fliehen Sie mich, ehe es zu spät ist."

„Erscheint Ihnen das Ganze so?" fragte sie.

„Corydon," rief er, „ich bin ein zerquälter Mensch, für mich gibt es kein Glück. Und Sie sind rein und schön und gut. Sie müssen glücklich sein, Corydon."

„Ich war noch nie glücklich."

Corydon starrte stumm vor sich hin, dann sagte sie leise: „Sie können mich nicht fortschrecken, es lohnt sich gar nicht, es zu versuchen. Aber ich bin unwissend und hilflos, und könnte Ihnen nicht helfen. Sie müssen tun, was Sie für das Richtige halten, und gar nicht an mich denken. Ich fürchte nicht für mich, bloß für Sie. Dies wollte ich Ihnen sagen, bevor Sie wieder an Ihre Arbeit gehen."

Thyrsis war gleichsam gewappnet und gepanzert gekommen, von Befestigungen der Ueberlegung umgeben, nun jedoch, vor Corydons sanften Worten, stürzten die Wälle ein.

Und so erging es ihm jedesmal. Es gab zwischen ihnen endlose Debatten und Erklärungen, neue Entdeckungen. Sie schieden ihrer Sache gewiß und fanden einander am folgenden Morgen völlig verändert wieder, schwankten von einem Extrem ins andere, von Gewißheit zu Zweifel, von Glück zu Traurigkeit. Einmal wanderten sie in die Berge, sahen dort, bis die Schatten fielen und die Nacht sie verschlang.

„Wir würden nicht verheiratet sein, wie andere Männer und Frauen," sagte Thyrsis.

Die Entstehung der indirekten Steuern

Aus Anatole France: „Die Insel der Pinguine."

„Mein Sohn Bulloch," sprach der Greis Mael, „wir müssen die Pinguine zählen und eines jeden Namen in ein Buch einzeichnen." „Das ist äußerst dringend," antwortete Bulloch. „Sonst ist eine gute Polizei nicht möglich."

Sofort ließ der Apostel mit Hilfe von zwölf Mönchen die Volkszählung veranstalten.

„Jetzt, wo wir ein Verzeichnis sämtlicher Einwohner haben, müssen wir, mein Sohn Bulloch, eine gerechte Steuer erheben, um die öffentlichen Ausgaben und den Unterhalt der Abtei zu bestreiten. Jeder trage nach seinen Mitteln bei. Deshalb, mein Sohn, rufe die Aeliesien von Alfa, im Einvernehmen mit ihnen werden wir die Steuer festsetzen."

Auf diesen Ruf hin vereinigten sich die Aeltesten, dreißig an der Zahl, im Hof des höfernen Klosters, unter der großen Sykomore. Das war der erste pinguinische Ständetag. Zu drei Vierteln bestand er aus den Großbauern von Sureile und Clange. Greatauk thronte als der Pinguine Edelster auf einem hohen Stein.

Der ehrwürdige Mael nahm unter seinen Mönchen Platz und sprach folgendermaßen:

„Kinder, der Herr gibt und entzieht den Menschen Reichtum, wie ihm gefällt. Nun habe ich euch versammelt, um vom Volk Steuern zu erheben zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben und für den Unterhalt der Mönche. Ich schätze, daß diese Steuern dem Reichtum eines jeden gemäß sein müssen. So wird, wer hundert Ochsen hat, zehn geben, wer zehn hat, einen."

Als der fromme Mann gesprochen hatte, stand Mario auf, ein Bauer von Aris am Clange, einer der reichsten Pinguine, und sagte:

„O Mael, mein Vater, ich schätze, daß es gerecht ist, wenn jeder zu den öffentlichen Ausgaben und zu den Kosten der Kirche beiträgt. Ich für meine Person will mich zum Wohl meiner pinguinischen Brüder alles dessen entäußern, was ich besitze, und müßte es sein, so gäbe ich froheren Mutes sogar mein Hemd. Alle Aeltesten des Volkes sind wie ich bereit, ihr Hab und Gut zu opfern; und gegen ihre unbedingte Treue zum Vaterland und zum Glauben ist kein Einwand. Wir müssen also nur das öffentliche Wohl erwägen und tun, was es heischt. Nun, mein Vater, es heischt, es fordert, daß man nicht viel von denen verlange, die viel besitzen, denn dann würden die Reichen weniger reich und die Armen noch ärmer. Die Armen leben von der Reichen Gut; deshalb ist dieses Gut geheiligt. Rührt nicht daran; es wäre grundlose Bosheit. Nehmt Ihr von den Reichen, so bringt Euch das keinen großen Nutzen; denn ihrer sind nicht viele. Und Ihr würdet im Gegenteil Euch jede Hilfsquelle versperren und das Land ins Elend senken. Wenn Ihr aber von jeglichem Einwohner einen geringen Beistand verlangt, ohne sein Hab und Gut zu rechnen, so werdet Ihr genug für Eueren Bedarf gewinnen, und Ihr braucht Euch nicht nach dem Besitz der Bürger zu erkundigen, die jede Nachforschung dieser Art als haßenswert und lästig betrachten würden. Wenn Ihr jedermann gleichmäßig und leicht besteuert, so schont Ihr die Armen, da Ihr ihnen die Güter der Reichen laßt. Und wie soll man die Steuer vom Reichtum abhängig machen? Gestern hatte ich 200 Ochsen, heute habe ich 60, morgen würde ich 100 haben. Clunic hat drei Kühe, doch sie sind mager. Nicclu hat nur zwei, doch sie sind fett. Wer ist reicher, Clunic oder Nicclu? Die Zeichen des Wohlstandes sind trügerisch. Sicher ist nur, daß jeder ist und trinkt. Besteuert die Leute nach dem, was sie verzehren. Das wird die Weisheit sein, die Gerechtigkeit."

So sprach Mario unter dem Beifall der Aeltesten.

„Ich verlange, daß man diese Rede auf eherne Tafeln ritzt," schrie der Mönch Bulloch. „Sie ist ein Vermächtnis für die Zukunft. In fünfzehnhundert Jahren werden die besten Pinguine nicht anders reden."

Die Aeltesten klatschten noch, als Greatauk, die Hand auf dem Schwertknauf, die kurze Erklärung abgab:

„Da ich edel bin, zahle ich keine Steuer. Denn Steuerzahlen ist gemein. Das Hundepack soll zahlen."

Auf diese Erklärung hin trennten sich die Aeltesten schweigend. So wie in Rom, wurde alle fünf Jahre der Zensus festgesetzt; und hierdurch gewahrte man, daß die Bevölkerung mit Schnelligkeit zunahm. Obwohl die Kinder in wunderbar großer Zahl starben und Hunger und Seuche mit vollkommener Pünktlichkeit ganze Dörfer verheerten, trugen immer neue und immer mehr Pinguine durch ihr privates Elend zum öffentlichen Wohlstand bei.

Nur ein Herz

Von Adolf Koelsch

(Schluß.)

Auf dreierlei verschiedene Weise kann der losgetrennte Teil, sei es ein Zweig oder das Leibesglied eines Tieres, wieder mit Daseinsbedingungen zusammengebracht werden, die ihm ein Weiterdauern erlauben. Es kann (erstens) unmittelbar nach der Entfernung vom Mutterboden wieder zurückversetzt werden in den Organismus, dem er entnommen wurde; in diesem Fall ist die Gewißheit des Weiterdauerns am größten, namentlich wenn das entfernte Glied seinen alten Platz wieder beziehen darf. Es kann (zweitens) einem abgetrennten Organ ein anderes Individuum der nämlichen Art als Unterlage zugegeben werden. In diesem Fall ist es schon weniger sicher, ob das weggenommene Glied die Erfordernisse für ein Weiterdauern zu finden vermag, denn es tritt ja in einen ganz andersartigen Lebens- und Beziehungsraum ein. Am allerungewissesten aber scheint die Zukunft dazulegen, wenn das abgetrennte Organ überhaupt nicht mehr dem Verband eines lebendigen Körpers einverleibt, sondern auf einem künstlichen Nährboden angepflanzt und hier, unter Glas, nach Art von Bakterienkulturen gepflegt wird. Denn wenn auch der künstliche Nährboden alle Stoffe enthält, die das Blut oder der Pflanzensaft des lebenden Körpers mit sich führen, und wenn auch durch beständige Reinigung des Kulturgefäßes alle einstehenden Stoffwechselschlacken regelmäßig beseitigt werden; so sind solche Lebensumstände im einzelnen und im ganzen doch so außergewöhnlich, daß sich keine Vorauslage über die Erfolgsfähigkeit einer derartigen Zumutung machen läßt.

Es ereignet sich denn auch, wenn das Glied fern vom Körper auf einem künstlichen Nährboden angepflanzt wird, was niemand erwartet hatte; man war auf ein schnelles Zugrundegehen des unter Glas gelegten Lebensplitters gefaßt; in Wirklichkeit fingen die Splitter an, sozusagen unendlich zu leben.

Das bisher am längsten lebende Stück eines tierischen Körpers ist ein Stückchen Hühnerherz, das im Jahre 1912 aus einem Hühnerembryo herausgepflückt worden war und in einem amerikanischen Institut in Pflege genommen wurde. Es bestand zur Zeit seiner Auspflanzung aus Zellen von Bindegewebenatur, hatte sich also noch nicht in Herzmuskelzellen zerspalten. Auf dieser einfachen Stufe ist der Herzsplitter dauernd stehengeblieben. Dagegen ist er seit seiner Entfernung aus dem Körper beständig gewachsen, hat sich also unablässig vermehrt. Und wie groß ist es heute?

Die Frage kann direkt nicht beantwortet werden. Denn es war technisch nicht möglich, die ganze Zellenmasse weiterzuzüchten, die mit der Zeit aus dem mikroskopisch kleinen Zellenbläschen hervorgestürzt kam. Das beständig wachsende Klümpchen wurde vielmehr immer dann, wenn es auf einen frischen Nährboden umgepflanzt werden mußte, in der Mitte gespalten, und dann nur mit dem einen Häufchen die Kultur fortgeführt, während die andere aus der Zuchtreihe ausschied. Es ist also dauernd nur ein kleiner Teil der Zellnachkommen des Anfangsstückes wirklich am Leben. Es kommt hinzu, daß die letzte erreichbare Mitteilung der Pfleger dieser Herzzellenkultur aus dem Jahr 1919 stammt und wir um den gegenwärtigen Stand des Experimentes nichts wissen. Im Jahr 1919 aber, also sieben Jahre nach Beginn des Versuchs, sind die Trümmer des Herzens noch immer mit ungeschwächter Vermehrungskraft in ihrem Kästchen gelegen und haben an die Pforte der Welt gepocht! Und sie hätten diese Welt, wie eine Berechnung des Heidelberger Anatomen Hermann Braus ahnen läßt, längst verschlungen, wäre nicht beständig ein Teil des Herzens gewaltsam vernichtet worden. Sie wären nämlich bis zum Jahre 1919 zu einer Kugel ausgewachsen, die, wenn man ihr „den Durchmesser der Milchstraße" gäbe, — wie Braus sagt — „immer noch klein" wäre gegenüber der Masse von Hühnerherz, die von dem winzigen Herzteim (bei Fertigzüchtung aller fortwährend abgetrennten Kulturen) tatsächlich erzeugt worden wäre. Immer ist dabei das gedankliche Hauptgewicht auf die Gegenüberstellung der beiden entgegengesetzten Wirklichkeiten zu legen, die sich aus ein- und demselben Zellkeim gestalten: je nachdem die Umweltbedingungen so oder anders sind. Denn beim Verbleiben im Körper würde das embryonale Zellenhäufchen ein Herz, d. h. ein Organ von höchstens 35 Gramm Schwere geliefert haben, dessen Lebensdauer durchaus von der des Huhnes abhängig ist. Allen Beziehungen und Gebundenheiten eines in einer körperlichen Daseins hingegen entrückt, hog dasselbe Zellenklümpchen in ganz neue unvermutete Bahnen. Es unterließ die Arbeitsstellung, der es beim Verbleiben im Körper verfallen wäre, offenbarte aber als neue, bis dahin an Wiezellerleibern in dieser Intensität nie bemerkte Eigenart ein unermeßliches, an keiner inneren Hemmung scheiterndes Wachstumsvermögen der Zellsubstanz.

Was bewies es damit? Es bewies damit, daß der Tod — das Huhn hätte schwerlich sieben Jahre gelebt — tatsächlich nicht im Leben hängend und schicksalsmäßig mit ihm gegeben ist. Er hat vielmehr als eine Erscheinung zu gelten, die dem Leben aus den äußeren Umständen entgegenwächst und sich immer fester mit ihm verbindet; in dem Maß, wie das Leben selbst der Welt stärker und stärker entgegenstrebt und seine Erlebnisse mit ihr in Differenzierung und Spezialisierung verwandelt. Der Tod verdunkelt auch aus diesem Grund unserm Blick das Wesen des Lebens mehr, als er es erschließt. Denn er umgibt seine Vergänglichkeit mit dem falschen Licht der Vorstellung eines schicksalhaften Regimes: während jene Vergänglichkeit doch nur ein kausales und im Grunde brutales Ereignis ist, bedingt durch das Milieu, auf dem sich der Lebenstrieb angepflanzt und seine bewunderungswürdige Erscheinungsvielfältigkeit erlangt hat.

M. A. Nexö: Pelle, der Eroberer

Roman in zwei Bänden. Inselverlag Leipzig.

„Pelle, der Eroberer." Jeder Arbeiter sollte ihn kennen. Er ist ein kleiner dänischer Junge, der mit seinem Vater Lasse auf einem Gut aufwächst. — Kuhjunge wird — die Welt erobern will — in der nächsten Stadt bei einem Schuster in die Lehre geht — dann nach Kopenhagen fährt. Dort wird er Sozialist — gründet die ersten Gewerkschaften mit, führt den ersten gewerkschaftlichen Generalstreik — wird ins Gefängnis geworfen. Entlassen, gründet er die ersten Konsumgesellschaften, die ersten Arbeitsgemeinschaften und baut zuletzt die ersten Arbeitersiedelungen. So steigt der Kuhjunge aus seinem elenden Dasein langsam auf die Oberfläche des Lebens — erobert sich die Welt.

Martin Andersen Nexö hat diese beiden Bücher geschrieben — seine Lebensgeschichte — die 1912 im Inselverlag erschienen ist. Aber trotzdem die beiden Bücher vom Verlag in einer billigen Volksausgabe herausgegeben wurden, haben sie noch eine ihrem Wert nicht entsprechende geringe Auflage.

Nirgends sonst ist das Leben des Arbeiters so gut gesehen und so wuchtig gestaltet worden wie im „Pelle". Inhaltlich überragt das Werk alle Arbeiterbiographien, die wir besitzen. Künstlerisch steht es mit den besten Romanen Dostojewskis auf einer Stufe.

Kurt Kläber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220410-17/fragment/page=0006